Betriebs-besetzungen

als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf

Eine Studie aktueller Beispiele

Inhalt

Einleitung 4

Massenentlassungen und deren soziales Konfliktpotential 4

Officine von Bellinzona: das Vorbild 7

Borregaard-Attisholz bei Solothurn: kampflos in die Niederlage 17

INNSE Mailand: das Experiment Selbstverwaltung 25

IVECO Suzzara (I): das Strohfeuer der Revolte 38

Holcim Torredonjimeno (E): Massenmobilisierung oder Betriebsbesetzung? 43

Schlussfolgerungen 54

Quellen und weiterführende Links 59

LabourNet.de Germany

Einleitung

„Es ist nicht so, dass wir mehr Geld wollen. Wir wollen nur unsere Arbeit, nicht mehr Geld. Den Frieden und unsere Arbeit, das ist alles."

Diese Aussage stammt aus einem Gespräch zwischen zwei Arbeitern, die während des 35-tägigen Streiks in den Officine von Bellinzona das besetzte Werk bewachen.[1] Sie zeigt, wie sich der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Kämpfe verschoben hat. Streiks um Lohnerhöhungen, so berechtigt sie auch wären, sind selten geworden oder werden als gewerkschaftliche Scheinkämpfe geführt (Beispiel: IG Metall in Deutschland). Wenn heute Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Barrikaden steigen, dann geht es meistens um Massenentlassungen und Betriebsschliessungen, kurz: um die wirtschaftliche Existenz. Aktueller denn je ist die alte Wahrheit, wonach der moderne Arbeiter nur lebt, solange er Arbeit findet und nur solange Arbeit findet, als seine Arbeit das Kapital vermehrt.

Massenentlassungen und deren soziales Konfliktpotential

„Unser Leben zählt mehr als eure Profite!" Das stand auf einem Spruchband im besetzten Industriewerk Bellinzona. Unversöhnlich stehen sich die Interessen gegenüber: Auf der einen Seite die Arbeiterinnen und Arbeiter, deren wirtschaftliches Überleben von der Weiterführung des Betriebes abhängt, auf der andern Seite der Kapitaleigentümer, der an dieser Weiterführung nur solange interessiert ist, als sie sein Kapital vermehrt. Bei Massenentlassungen und Betriebsschliessungen tritt das Nichtvorhandensein „gemeinsamer Interessen" von Unternehmer und ArbeiterInnen besonders scharf hervor und die Folgen für die betroffe-

[1] Die Aussage ist dokumentiert im Film von Danilo Catto „Giù le mani", DVD erhältlich auf www.artfilm.ch

nen ArbeiterInnen sind besonders einschneidend. Diesem Konfliktpotential begegnen Staat und „Sozialpartner“, indem sie Massenentlassungen und Betriebsschliessungen gesetzlich und vertraglich regeln. Das schweizerische Obligationenrecht beispielsweise verpflichtet den Arbeitgeber, bei beabsichtigten Massenentlassungen den Arbeitnehmern, bzw. deren Vertretung „zumindest die Möglichkeit“ zu geben, „Vorschläge zu unterbreiten, wie die Kündigungen vermieden oder deren Zahl beschränkt sowie ihre Folgen gemildert werden können“. [2] Ausserdem müssen „die Gründe der Massenentlassung“ schriftlich mitgeteilt werden.

Es liegt auf der Hand, dass durch diese gesetzlichen Vorschriften Massenentlassungen und Betriebsschliessungen überhaupt nicht verhindert werden können. Im Gegenteil, das Gesetz schützt einseitig die Unternehmer und ihre Kapitalinteressen. Deren Freiheit, Produktionsanlagen stillzulegen und an einen Ort zu verlagern, wo die Arbeit weniger kostet, wird durch das Gesetz gestützt. Die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften werden zu blossen Bittstellern erniedrigt, deren „Recht“ darin besteht, „Vorschläge zu unterbreiten“! Rein theoretisch wäre es mindestens denkbar, dass der Staat, dessen Einrichtungen (Sozialversicherungen, Sozialämter) ebenfalls von den finanziellen Folgen von Massenentlassungen betroffen sind, deren Rechtmässigkeit an bestimmte Bedingungen knüpfen würde, beispielsweise den Nachweis, dass das Unternehmen defizitär ist und über keine finanziellen Reserven mehr verfügt. Selbstverständlich wäre es nicht allzu schwierig, auch solche Bestimmungen zu umgehen, so dass dadurch die Verfügungsgewalt der Kapitaleigentümer über die Produktionsmittel kaum wirksam eingeschränkt würde. Die Tatsache, dass Massenentlassungen und Betriebsschliessungen – abgesehen von einer fadenscheinigen „Informationspflicht“ – keinerlei gesetzlichen Beschränkungen unterliegen, beweist einmal mehr, dass der Staat keineswegs über den Klassen steht, sondern dass seine Aufgabe darin besteht, die Unternehmerinteressen zu schützen und die bürgerliche Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten.

---

[2] OR Art. 335f

Entsprechend stumpf sind die gewerkschaftlichen Waffen, um Massenentlassungen und Betriebsschliessungen zu verhindern, solange sich diese im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bewegen. In aller Regel beschränkt sich der „Kampf“ auf das Aushandeln von sog. „Sozialplänen“, mit denen die Folgen der Massenentlassungen gemildert, diese selbst jedoch überhaupt nicht verhindert werden. So hält beispielsweise der LMV für das Bauhauptgewerbe (für dessen Erneuerung sogar gestreikt wurde!) fest: *„Der Betrieb ist gehalten rechtzeitig einen Sozialplan auszuarbeiten, der die sozialen und wirtschaftlichen Härten mildern soll.“* [3] Sozialplanverhandlungen gehören inzwischen zum „Ritual“ einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik, die einzig darin besteht, mit den Unternehmern über die Kosten der Massenentlassungen zu feilschen. Letztere grundsätzlich anzugreifen und zu versuchen, sie mit entschlossenen Kampfmassnahmen zu verhindern, das liegt offensichtlich ausserhalb der Vorstellungskraft einer gewerkschaftlichen Politik, die ihre Aufgabe darin sieht, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu versöhnen statt konsequent die Interessen der ArbeiterInnen - und somit ihrer Mitglieder - zu vertreten.

Die Unversöhnlichkeit der Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern zeigt sich – wie erwähnt – bei Massenentlassungen besonders deutlich. Eine gewerkschaftliche Politik, die auf angeblichen „gemeinsamen Interessen“ zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruht und sich vertraglich verpflichtet, alle Streitigkeiten unter den „Sozialpartnern“ im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen, eine solche Gewerkschaftspolitik befindet sich bei Massenentlassungen unweigerlich in einem schweren Dilemma: Will sie konsequent die Interessen der betroffenen ArbeiterInnen vertreten und die Entlassungen bekämpfen, gerät sie sehr schnell in die Schusslinie der Unternehmer und ihres Staates, im umgekehrten Fall riskiert sie, die ArbeiterInnen als Mitglieder zu verlieren. Aus diesem Grund sind sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Gewerkschaften bestrebt, es gar nicht soweit kommen zu lassen und

[3] Landesmantelvertrag für das schweizerische Bauhauptgewerbe (LMV 2008)

einem möglichen Konflikt mit dem raschen Abschluss eines „Sozialplans“ vorzubeugen. Ein „Sozialplan“, der dann oft als Resultat wochenlanger „harter Verhandlungen“ präsentiert wird, um sich so wenigstens einen kämpferischen Heiligenschein aufzusetzen.

In der Regel funktioniert das gesetzlich und/oder vertraglich vorgesehene Verfahren bei Massenentlassungen und Betriebsschliessungen reibungslos. Die Beispiele, wo dieses „Ritual“ gestört wurde, sind leider alles andere als zahlreich. Noch seltener sind Beispiele, wo durch einen entschlossenen Kampf, die Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Die Officine von Bellinzona ragen hier als grosse Ausnahme heraus. Im folgenden sollen ausser diesem einige weitere typische Beispiele untersucht werden, aus denen Elemente einer gewerkschaftlichen Strategie abgeleitet werden können, die es künftig erlauben könnte, Massenentlassungen und Betriebsschliessungen wirksam zu verhindern oder wenigstens einen entschlossenen Kampf darum zu führen.

Officine von Bellinzona: das Vorbild

Ausgerechnet in der Schweiz, im „Land des Arbeitsfriedens“ findet ein Streik statt, der in jeder Hinsicht vorbildhaft ist. Als am 7. März 2008 vierhundertdreissig SBB-Arbeiter den Vertreter ihres Unternehmens am Sprechen hindern und einstimmig den unbefristeten Streik beschliessen, erscheint dieser Aufstand als spontaner Protest, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. In Wirklichkeit haben aktive Arbeiter der Officine um Gianni Frizzo bereits zehn Jahre vorher das Komitee „Giù le mani dall’Officina di Bellinzona“ gegründet, um dem schleichenden Arbeitsplatzabbau und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken.

Aus diesem harten Kern aktiver Arbeiter, erweitert um Gewerkschaftsvertreter und Berater aus Politik und Wissenschaft, wird das Streikkomitee gebildet, das während des Streiks und auch danach den Kampf orga-

nisiert und alle Verhandlungen mit der Gegenseite führt. Legitimiert wird das Streikkomitee durch die Arbeiterversammlung, die sich nicht damit begnügt, bereits gefasste Beschlüsse abzusegnen, sondern bereits vorgängig in allen wichtigen Fragen entscheidet, insbesondere über Verhandlungsangebote der Gegenseite. Diese radikale Arbeiterdemokratie – das Streikkomitee spricht in diesem Zusammenhang von *„democrazia assoluta“* – ist die Grundlage, das Rückgrat der Bewegung und die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf. Meinungsverschiedenheiten innerhalb des erweiterten Streikkomitees werden konsequent der Vollversammlung aller Arbeiter unterbreitet und sind dort bis jetzt immer durch einstimmig gefasste Beschlüsse gelöst worden.

Eine mögliche Spaltung der Bewegung hat auf diese Weise gar nie entstehen können. Einer solchen vorgebeugt hat das Streikkomitee auch dadurch, dass mit dem Grundsatz *„Niente etichette politiche!“* verhindert worden ist, dass die Bewegung hätte politisch instrumentalisiert werden können, mit allen möglichen negativen Folgen, die sich daraus ergeben hätten: ideologische Streitigkeiten wegen der Rivalität beteilig-

ter politischer Organisationen und Parteien, Ausnützung verwendeter „politischer Etiketten“ durch die Gegenseite, in der Absicht die Bewegung als „linksextremistisch“ zu verleumden und zu isolieren.

Der am 7. März von Streikkomitee und Arbeiterversammlung ausgerufene Streik gilt als „wilder Streik“, da nicht von einer offiziellen Gewerkschaft beschlossen und angekündigt. Das bei Massenentlassungen und Betriebsschliessungen übliche Verfahren wird damit entscheidend gestört, zumal das Streikkomitee den Gewerkschaften verbietet, Sozialplanverhandlungen zu führen, solange der Streik andauert. Für einmal geht es nicht darum, wieviele Arbeitsplätze gestrichen, wieviele erhalten bleiben und zu welchen Bedingungen Leute entlassen werden. Vielmehr lautet die unmissverständliche Forderung der Arbeiter: Die SBB müssen den Entscheid, das Industriewerk Bellinzona zu schliessen, rückgängig machen! Erst danach kann über dessen Zukunft verhandelt werden. Mit dieser Forderung, welche die Gegenseite als „kompromisslos“ und „unrealistisch“ qualifiziert, wird erfolgreich verhindert, dass die Arbeiter gegeneinander ausgespielt werden.

Die Streikbewegung in den Officine von Bellinzona entwickelt ab dem 7. März 2008 eine ungeahnte Dynamik und stellt die bisherigen Machtverhältnisse auf den Kopf. Dies vor allem, weil die Arbeiter nicht nur in den Streik treten, sondern sogleich den Betrieb besetzen und rund um die Uhr bewachen. Die Bedeutung dieser Massnahme und vor allem deren Zeitpunkt als „Überraschungsangriff“ kann nicht genug hervorgehoben werden: Dadurch, dass die Arbeiter mit der Betriebsbesetzung das Werk der Verfügungsgewalt des „rechtmässigen“ Besitzers entzogen und vorübergehend in ihren Besitz gebracht haben, ist ein eigentlicher Stützpunkt der Arbeitermacht entstanden, gewissermassen eine „befreite Zone“ oder - aus der Sicht der Gegenseite – ein „rechtsfreier Raum“. Wären stattdessen die Arbeiter einfach zu Hause geblieben und hätten dort einzeln die „Drohbriefe“ des Unternehmers empfangen, so hätte die Gefahr bestanden, dass Einzelne dem Druck des Arbeitgebers nachgegeben und wieder zur Arbeit gegangen wären. Die aufgebotene Polizei hätte dann ihre Aufgabe darin gesehen, die „Arbeitswilligen“ zu

schützen und in sattsam bekannter Art allfällige Streikposten geräumt. Mit der Betriebsbesetzung kann eine solche Entwicklung gar nicht erst eintreten, da die Ängstlichen und Unsicheren von den andern gestützt werden und es stets die Vollversammlung der Arbeiter ist, die über Weiterführung oder Beendigung des Streiks entscheidet.

Der von den Arbeitern besetzte Betrieb wird in wenigen Wochen nicht nur zum Symbol des gewerkschaftlichen Kampfes und des Arbeiterwiderstands gegen Entlassungen und Betriebsschliessungen, sondern zu einem sozialen Zentrum, einem Ort der Begegnung und der Solidarität für die ganze Bevölkerung. Die breite Unterstützung, die der Streik in der Tessiner Bevölkerung findet, äusserst sich einerseits in grosszügigen Spenden für die Streikkasse, andererseits in machtvollen Strassendemonstrationen. Diese ungeahnte Solidaritätswelle, die einen ganzen Kanton erfasst, ist wohl nicht nur in einer „regionalen Besonderheit“ begründet: der tiefen Verwurzelung der Officine von Bellinzona in der Tessiner Bevölkerung, sondern auch im Gefühl, dass es endlich jemand wagt, den „arroganten, geldgierigen und machthungrigen Managern“

entschlossen die Stirn zu bieten.[4] Dieses Gefühl ist umso stärker, als die Mehrheit der Bevölkerung aus Lohnabhängigen besteht, die ebenfalls unter prekären Arbeitsverhältnissen und drohenden Entlassungen leiden. Unter diesen Umständen hat es sich - vor allem einen Monat vor den kantonalen Wahlen - keine politische Partei im Tessin leisten können, den streikenden Arbeitern ihre Unterstützung zu versagen.

Das „Wunder von Bellinzona“ besteht also darin, dass mit dem „Befreiungsschlag“ vom 7. März das Kräfteverhältnis von einem Tag auf den andern massiv zu Gunsten der Arbeiter verschoben worden ist. Auf diese Weise ist die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst, wie sie üblicherweise zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten und Kulturen, zwischen Gelernten und Ungelernten, zwischen Festangestellten und Zeitarbeitern besteht, auf einen Schlag in den Hintergrund getreten. Die zumindest zeitweise Überwindung der Spaltung unter den Arbeitern ist die Voraussetzung für jeden entschlossenen und solidarischen Kampf für ihre gemeinsamen Interessen. Das Beispiel der Officine von Bellinzona zeigt nun, dass dies nicht langsam und allmählich geschieht, sondern schlagartig in dem Augenblick, als eine Gruppe entschlossener Arbeiter es versteht, zum Kampf aufzurufen und die andern mitzureissen. Somit erweist sich der harte Kern von entschlossenen ArbeiterInnen, die das Vertrauen ihrer KollegInnen geniessen, als die entscheidende Voraussetzung für einen solidarischen Kampf und damit gleichzeitig zur Überwindung der Konkurrenz unter den Arbeitern.

Bei diesem Beispiel hat sich der harte Kern im Laufe von zehn Jahren gefestigt. Daraus den Schluss abzuleiten, dass es in jedem Fall zehn Jahre braucht, bis ein derartiger Kampf möglich wird, wäre selbstverständlich absurd. Es ist zumindest denkbar, dass sich je nach den konkreten Umständen ein solcher Kern auch sehr schnell und spontan bil-

---

[4] In der Person von SBB-Generaldirektor Andreas Meyer haben die SBB eine Symbolfigur gefunden, die diesem Bild in jeder Hinsicht gerecht geworden ist. Als ausgerechnet während des Streiks dessen Jahressalär von insgesamt 1.3 Mio. Franken bekannt wird, haben die Medien die Nachricht genüsslich verbreitet und damit dessen Verhandlungsposition zusätzlich geschwächt.

den kann, wobei es natürlich ein Vorteil ist, wenn ihm zu seiner Entwicklung eine längere Zeit zur Verfügung steht.

Obwohl der Streik in den Officine als „wilder Streik“ ausgerufen worden ist, haben ihn die lokalen Gewerkschaften sogleich unterstützt, indem sie ihre gesamte Struktur in den Dienst des Kampfes gestellt haben. Damit ist es ihnen für einmal gelungen, sich gewissermassen aus der „Geiselhaft“ der Unternehmer und ihrers Staates zu befreien und zu ihrer ursprünglichen Aufgabe als Selbsthilfe- und Kampforganisation der Arbeiter zurückzukehren. Dies ist namentlich der Gewerkschaft Unia, zu welcher die Mitglieder des Streikkomitees gewechselt haben, nicht allzu schwer gefallen, da sie keinerlei Verträge mit der Gegenseite unterzeichnet hat, die ihr hätten zum Verhängnis werden können. In den Augen der letzteren haben sich natürlich umgekehrt die Gewerkschaften in die „Geiselhaft“ eines „illegalen Streiks“ und dessen Protagonisten begeben und dadurch gültige Verträge gebrochen. Angesichts der Dynamik der Bewegung sind solche Vorwürfe jedoch ebenso ins Leere

gestossen wie die Drohung des SBB-Managements, für jeden Streiktag einen angeblichen „Verlust“ von einer Viertelmillion Franken in Rechnung zu stellen.

Die organisatorische Unterstützung des Streiks durch die Gewerkschaften, das wird seitens des Streikkomitees immer wieder betont, wird zu einem der Erfolgsfaktoren des Kampfes. Es gehört sicherlich zu dessen Besonderheiten, dass sich der Gewerkschaftsapparat sogleich bedingungslos in seinen Dienst stellt, während die Führung des Kampfes nach wie vor in den Händen des Streikkomitees und der Arbeitervollversammlung liegt.[5] Auch in dieser Hinsicht gilt der Streik in den Officine von Bellinzona als absolut vorbildlich. Die Zentralen der beteiligten Gewerkschaften haben zwar nichts getan haben, um den Streik auf andere SBB-Werkstätten in der Schweiz auszuweiten. Insofern haben sie sich „neutral“ verhalten, als sie wenigstens auch nichts unternommen haben, um den Streik möglichst schnell in die Sackgasse von Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu führen oder die weitere Unterstützung an bestimmte Bedingungen zu knüpfen.

Der Streik in den Officine von Bellinzona hat bekanntlich mit einem Sieg für die Arbeiter geendet: Konkret mit der Zusage, dass die Arbeitsplätze bis 2010 gesichert seien. Nach dem Ende des Streiks liegt die Macht im Betrieb noch immer völlig in den Händen des Streikkomitees und der Arbeiterversammlung. Eine Liste von neun Forderungen des Streikkomitees wird von der Direktion bedingungslos geschluckt. Deren wichtigste sind: die Erweiterung der bisherigen Personalkommission um sämtliche Mitglieder des Streikkomitees; die Verpflichtung, alle Entscheide, welche die Arbeiter betreffen (z.B. Überstunden) vorgängig mit

[5] Diese Tatsache zerstört gleichzeitig die Luftschlösser eines schematischen Denkens, das je nach ideologischer Ausrichtung entweder die bestehenden Gewerkschaften pauschal als „Teil des bürgerlichen Unterdrückungsapparates“ qualifiziert oder aber die „Eroberung“ der Gewerkschaften als Voraussetzung einer „linken Gewerkschaftspolitik“ propagiert. Offensichtlich trifft im Fall von Bellinzona weder das eine noch das andere zu. Vielmehr hängt es von den jeweiligen konkreten Umständen ab, insbesondere dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, wie sich die Dinge entwickeln.

dem Streikkomitee abzusprechen; die Anerkennung als Arbeitszeit jener Stunden, die Mitglieder des Streikkomitees im Zusammenhang mit den Verhandlungen am sog. „Runden Tisch“ aufwenden; das Recht, während der Arbeitszeit Betriebsversammlungen abzuhalten.

Es versteht sich von selbst, dass die Direktion der Officine in den folgenden Monaten alles unternimmt, um die lästige Arbeitermacht im Betrieb möglichst schnell wieder loszuwerden und die uneingeschränkte

eigene Macht wiederherzustellen. Da sie einen offenen und frontalen Angriff scheut, lästert sie mit Hilfe ihrer eigene Hierarchie (Abteilungsleiter usw.) bei den Arbeitern über die Mitglieder des Streikkomitees und versucht, so einen Keil zwischen Streikkomitee und Belegschaft zu treiben. Diese Bestrebungen erreichen ihren Höhepunkt in den Sommermonaten, als parallel dazu bekannt wird, dass das Industriewerk Bellinzona organisatorisch von der Division SBB-Cargo zum Personenverkehr umgeteilt werde, und zwar ohne das Streikkomitee im Rahmen des „Runden Tisches“ umfassend über diese Pläne zu orientieren.

Als Reaktion darauf verweigert das Streikkomitee die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen des „Runden Tisches“ und beruft erneut die Arbeiterversammlung ein, die das Verhandlungsmandat des Streikkomitees einstimmig verlängert. Das genügt, damit die Gegenseite einlenkt und sich bereit erklärt, entgegen der ursprünglichen Absicht am nächsten „Runden Tisch“ über die geplante Neorganisation zu diskutieren. Verbindliche Zusicherungen über die Zukunft der Officine nach 2010 werden jedoch konsequent abgelehnt. Bereits zeichnet sich ab, dass Verhandlungen allein nicht genügen werden, um den mit dem Streik errungenen Erfolg zu sichern.

Als sich im November die SBB-Verhandlungsdelegation noch immer weigert, dem Streikkomitee schriftliche Garantien über das Jahr 2010 hinaus zu geben, beschliesst wiederum eine Arbeitervollversammlung das weitere Vorgehen, und zwar ganz konkret: Am Freitag, 28. November werden die Arbeiter, statt arbeiten zu gehen, nach Bern fahren und Bundesrat Leuenberger einen „Höflichkeitsbesucht“ abstatten. Die Drohung mit dem Warnstreik genügt, zumal die seit Ende Mai aufgebaute gesamtschweizerische Vernetzunginitiative den Demonstrationsaufruf in Windeseile weiterverbreitet. Die SBB-Führung schlägt dem Streikkomitee für den gleichen Tag ein klärendes Gespräch mit dem Verwaltungsrat vor, falls die geplante Manifestation abgesagt werde. Am gleichen Abend liegt bereits eine SBB-Presseerklärung vor, worin die Zukunft des Industriewerks bis 2013 zugesichert wird.

Die Entwicklung in den Monaten nach dem Ende des Streiks unterstreicht die Bedeutung der geschaffenen „Basisstrukturen“. Die *„democrazia assoluta“*, die radikale Arbeiterdemokratie in den Officine erlaubt es, sowohl die Einheit der Arbeiter untereinander, als auch jene zwischen der Arbeiterbasis und dem Streikkomitee zu erhalten und bei jeder Gelegenheit wieder neu zusammenzuschweissen. Obwohl die Direktion der Officine als Arbeitgeber ihr gesetzliches Weisungsrecht natürlich weiterhin ausüben kann, wird sie sich hüten, den Freiraum, den sich die Arbeitermacht erkämpft hat, offen anzugreifen und zu versuchen, ihn ganz zerstören. Damit haben die Arbeiter der Officine zusam-

men mit ihrem Streikkomitee einen Sieg errungen, von dem andere von Massenentlassungen und Betriebsschliessung bedrohte Belegschaften nur träumen können. Oder anders ausgedrückt: Solche Belegschaften müssen aus dem Kampf in den Officine von Bellinzona die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen, damit aus dem Wunschtraum konkrete Wirklichkeit wird.

Der Ausgang des Streiks in Bellinzona kann als „Glücksfall“ bezeichnet werden, sofern man darunter das Zusammentreffen verschiedener vorteilhafter Umstände versteht: Vorerst einmal das Vorhandensein eines Kerns aktiver und klassenbewusster Arbeiter im Betrieb als unverzichtbare Voraussetzung jedes erfolgreichen Kampfes. Zweitens hat das vorzügliche Zusammenspiel zwischen Streikkomitee und Arbeiterversammlung als Motor der Bewegung sichergestellt, dass ihnen während der ganzen Dauer des Kampfes dessen Führung nicht aus den Händen geglitten ist. Als entscheidend über Sieg oder Niederlage muss allerdings die Fähigkeit beurteilt werden, gleich zu Beginn des Streiks mit der nötigen Entschlossenheit den Betrieb zu besetzen und als Zentrum des Kampfes sowie als Ausgangspunkt für dessen Ausdehnung auf die ganze Bevölkerung zu nutzen. Einmal mehr soll deshalb ausdrücklich auf die Wichtigkeit sowohl dieser Kampfmassnahme, als auch dessen Zeitpunkt hingewiesen werden: Nur die rasche Betriebsbesetzung, dieser „Eingriff in die bürgerliche Rechtsordnung“, hat es erlaubt, die bisherigen Machtverhältnisse auf den Kopf zu stellen und rechtzeitig eine „Gegenmacht“ zu errichten: die Arbeitervollversammlung mit dem Streikkomitee und der Solidarität der Bevölkerung als Druckmittel auf die politischen Instanzen. Erst diese Gegenmacht hat es ermöglicht, dass auch die gewerkschaftlichen Strukturen aus der „Geiselhaft“ befreit und in den Dienst des Arbeiterkampfes gestellt werden konnten.

Borregaard-Attisholz bei Solothurn: kampflos in die Niederlage

Als gegen Ende September 2008 die Direktion der Zellulosefabrik Borregaard-Attisholz bei Solothurn die Schliessung des Werks auf Ende Jahr bekannt gibt, organisiert die Gewerkschaft Unia sogleich eine Betriebsversammlung. Unter dem Titel *„Aufstand in der Zellulose-Fabrik“* schreibt die „Berner Zeitung“ am 02.10.08: *„Man werde gemeinsam gegen das «Todesurteil» und für die Erhaltung der 440 Arbeitsplätze kämpfen, teilten die Gewerkschaften Unia und SPV am Donnerstag nach einer Betriebsversammlung in der Fabrik mit. Bei dem beschlossenen «Kampf mit allen Mitteln» wird auch ein Streik nicht ausgeschlossen. Man werde zunächst aber das Gespräch mit den norwegischen Betreibern der Fabrik suchen, sagte Unia-Gewerkschafter Corrado Pardini auf Anfrage.“* [6]

Angesichts solcher Töne hätte man die Entwicklung einer zweiten „Officina“ erwarten können. Denn ein „Kampf mit allen Mitteln“ zur Erhaltung der Arbeitsplätze unterscheidet sich zweifellos grundlegend vom bekannten sozialpartnerschaftlichen „Ritual“, das nach Ablauf des Konsultativverfahrens regelmässig in unverzügliche Sozialplanverhandlungen mündet. Verstärkt wird der kämpferische Eindruck noch durch die Mitteilung der „Berner Zeitung“ vom 08.10.08, wonach die Gespräche zwischen Borregaard und den Gewerkschaften gescheitert seien. Der BZ-Artikel schliesst mit dem Satz: *„Nun scheint auch ein Streik kein Tabuthema mehr zu sein.“* [7] Konkret ist es darum gegangen, dass die Firma sich geweigert hat, der Verlängerung der Konsultationsfrist „für Vorschläge zur allfälligen Weiterführung von Teilen des Betriebs“ - wie von den Gewerkschaften gefordert - zuzustimmen und stattdessen die sofortige Aufnahme von Verhandlungen über den vorgeschlagenen Sozialplan begrüsst hätte.

---

[6] http://www.bernerzeitung.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Aufstand-in-der-ZelluloseFabrik/story/14290157

[7] http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Gespraeche-gescheitert/story/17097544

Es fällt auf, dass nach nur einer Woche aus dem „Kampf mit allen Mitteln“ zur „Erhaltung der 440 Arbeitsplätze“ bereits ein Streit um die Verlängerung der Konsultationsfrist geworden ist, bei dem es lediglich noch um eine „allfällige Weiterführung von Teilen des Betriebs“ geht, und zwar konkret um „das Projekt «Hefe Süd», das rund 40 Arbeitsplätze erhalten würde“, wie Corrado Pardini am 10.10.08 in einem Interview mit der BZ erklärt.[8]

Und worin bestehen die gross angekündigten Kampfmassnahmen, die mit dem magischen Wort „Streik“ verbunden werden? Ein Streik, der laut BZ nun „kein Tabuthema mehr“ zu sein *scheine*. Tatsächlich ist es wieder einmal nur Schein, denn die „Kampfmassnahmen“ nach den gescheiterten Verhandlungen beschränken sich darauf, dass sich die „Sozialpartner“ *«mit der Regierung, Geschäftspartnern der Borregaard und möglichen Interessenten an einen Tisch setzen»,* wie im gleichen BZ-Artikel vom 10.10.08 berichtet wird, und zwar *«um mögliche Kontakte herzustellen»*, wie der Gewerkschafter Corrado Pardini zitiert wird.

Dennoch zeigt sich die Gewerkschaft Unia weiterhin kämpferisch und kündigt in einer Medienmitteilung an, sie wolle *„in den nächsten Tagen die Belegschaft eingehend informieren und zum Protest mobilisieren“.* [9]

---

[8] http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Beide-Seiten-schalten-auf-stur/story/13720056

[9] http://unia.ch/news_aktionen.9.0.html?&no_cache=1&L=http%3A%2F%2Fwww.geocties.com%2Fstoki2122%25&tx_ttnews[pointer]=7&tx_ttnews[tt_news]=3900&tx_ttnews[backPid]=281&cHash=307f801263

Die „Mobilisierung“ besteht dann in einer „geheimnisvollen“ öffentlichen Kundgebung am Samstag, 18.10.08 auf dem Gemeindeplatz von Luterbach (SO), von der nur Eingeweihte rechtzeitig Kenntnis erhalten. Dort wird zwar noch einmal gegen die geplante Schliessung gewettert, gegen die *„verantwortungslose Abzockermentalität der Topmanager“,* welche die Existenzgrundlage vieler Familien in der Region zerstöre, und der Kantonsregierung wird vorgeworfen, sie habe *„bislang «kein ernsthaftes Interesse» an der Rettung der Arbeitsplätze gezeigt“.* [10] *«Das ist nicht akzeptabel»,* so Pardini, *«wir wollen retten, was noch zu retten ist»* [11] Die Regierung wird deshalb aufgefordert, das Projekt «Hefe Süd» zu unterstützen. Denn, so schreibt die BZ weiter: *„Damit könnten 40 Arbeitsplätze gerettet werden, teilte die Unia mit.“* Wenn von „Rettung der Arbeitsplätze“ die Rede ist, dann offensichtlich nur noch von den vierzig des Projekts „Hefe Süd“, während die andern vierhundert bereits stillschweigend aufgegeben worden sind.

Das geht auch aus der Stellungnahme von Corrado Pardini hervor, wie sie auf einem von der BZ verbreiteten Video von TeleBärn zu sehen ist, und zwar zwei Tage vor der öffentlichen Kundgebung, anlässlich einer kurzen Eskalation des Konflikts bei der gescheiterten Übergabe einer Petition an die Borregaard-Direktion. Darin jammert Pardini, diese zeige keinerlei Interesse, *„irgendwas zu retten hier“* und erklärt dann unumwunden, *„ab heute“* müsse man den Leuten *„klaren Wein einschenken“* und ihnen sagen, dass *„die Mehrheit die Stelle verlieren“* werde und man müsse sogar mit einer *„Totalschliessung“* rechnen.[12] Zur erwähnten Eskalation ist es gekommen, weil sich der Direktor von Borregaard Schweiz geweigert hat, eine Petition der Belegschaft mit 2500 Unterschriften entgegenzunehmen. Daraufhin haben die erbosten Borregaard-Arbeiter das Verwaltungsgebäude gestürmt und dort die Schachtel mit den Unterschriftenbogen auf dem Boden deponiert. Die Petition als eine

---

[10] http://www.bernerzeitung.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Unia-will-40-BorregaardJobs-retten/story/20804271

[11] http://borregaard.blogspot.com/search?updated-max=2008-10-27T23%3A32%3A00%2B01%3A00&max-results=7

[12] http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Petition-Borregaard-soll-nicht-geschlossen-werden/story/18574134

der „Kampfmassnahmen“ („Kampf mit allen Mitteln“ hat es geheissen!) fordert immerhin: *„Die angekündigte Schliessung der Zellstofffabrik Borregaard in Riedholz soll rückgängig gemacht und alternative Lösungen gesucht werden“.* [13]

An der öffentlichen Kundgebung am 18.10.08 verlangt Pardini, nachdem er der Regierung Untätigkeit vorgeworfen hat, es müssten nun *„Verhandlungen über einen Sozialplan“* aufgenommen werden.[14] Damit ist er offenbar mit Stefan Meili, dem Direktor von Borregaard Schweiz, ganz schnell und stillschweigend einig geworden. Denn dieser hat schon zwei Tage vorher im Video von TeleBärn erklärt, seiner Meinung nach gehe es nun darum, so schnell als möglich über den Sozialplan zu verhandeln. Die erste Verhandlungsrunde findet dann auch bereits am darauffolgenden Mittwoch statt, endet jedoch ohne Ergebnis. Die Gewerkschaft Unia hat die Verhandlungen platzen lassen, weil sich die Gegenseite weigere, auch die vierzig Mitarbeiter, die am Projekt „Hefe Süd“ beteiligt sind, in den Sozialplan aufzunehmen. Corrado Pardini gibt sich noch immer kämpferisch und wirft dem Management vor, es *„torpediere das Alternativprojekt“* und *„verhindere den konstruktiven Dialog“.* [15] Damit soll wohl vertuscht werden, dass dieses „Alternativprojekt“ nur vierzig Arbeitsplätze umfasst und alle andern vierhundert bereits kampflos aufgegeben worden sind.

Zu einem letzten spontanen Protest der Borregaard-Arbeiter kommt es, als die Direktion 339 Kündigungen verschickt und die definitive Schliessung des Werks bekannt gibt. 150 Arbeiter besteigen am Montag, 27. Oktober den Zug nach Solothurn und dringen dort in die laufende Medienkonferenz ein, wo sie sich in Überkleidern und Helm mit ihrem Spruchband aufstellen, worauf steht: *„Wir wehren uns – für unseren Betrieb“.* In einem von der BZ verbreiteten Video von TeleBärn machen Arbeiter ihrer Enttäuschung Luft: Einer, der 35 Jahre dort gearbeitet hat,

---

[13] ebenda
[14] www.bernerzeitung.ch, a.a.O.
[15] http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Verhandlungen-ueber-BorregaardSozialplan-bleiben-ohne-Ergebnis/story/19403349

erklärt, er könne es nicht verstehen, er habe es bis zum letzten Tag nicht geglaubt, dass das Werk hier schliesse. Demgegenüber spricht Pardini nur noch vom Sozialplan und bezeichnet das von Borregaard vorgelegte Angebot als *„Frechheit“*. Dieses habe zur Spontankundebung in Solothurn geführt, und die Stimmung im Betrieb sei *„sehr, sehr gereizt“*. [16]

Der Spontankundgebung vorangegangen ist eine zweite Betriebsversammlung. Unter dem Titel *„Borregaard-Belegschaft protestiert für Alternativprojekte und Sozialplan“* heisst es in einem seitens der Gewerkschaft Unia eingerichteten Internet-Blog: *„Die Belegschaft der Zellulosefabrik Borregaard/-Attisholz in Riedholz (SO) hat heute Morgen, 27.10.2008, an einer Betriebsversammlung einstimmig beschlossen, das ungenügende Sozialplanangebot der Borregaard-Direktion zurückzuweisen.“* [17] Mit der Demonstration an der Medienkonferenz, heisst es weiter in der Mitteilung, fordern die Beschäfttigten *„von der Direktion nochmals nachdrücklich einen fairen Sozialplan für alle Beschäftigten, die ernsthafte Prüfung der Alternativprojekte und Respekt für ihre Anliegen.“* Bereits vier Tage später, am 31. Oktober, heisst es in einer im Internet-Blog abgedruckten Medientmitteilung, *„haben sich die Sozialpartner nach einem Verhandlungsmarathon auf einen Sozialplan für die Beschäftigten der Zellulosefabrik geeinigt“* .[18] Die Ergebnisse würden am Montag an einer weiteren Betriebsversammlung bekanntgegeben,

[16] http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Mitarbeiter-stuermen-Medienkonferenz/story/18813494
[17] http://borregaard.blogspot.com/2008/10/borregaard-belegschaft-protestiert-fr_27.html
[18] http://borregaard.blogspot.com/2008/10/einigung-ber-sozialplan.html

denn: *„Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Sozialpartner Stillschweigen vereinbart."*

Der ausgehandelte Sozialplan wird als grosser Sieg gefeiert, so als wäre es von Anfang an um überhaupt nichts anderes gegangen.[19] Unter dem Titel *„Die Belegschaft erkämpft einen wegweisenden Sozialplan"* schreibt der Unia-Borregaard-Blog: *„Der Kampf hat sich gelohnt: Mit Unterstützung der Gewerkschaften hat die Belegschaft des Zellulose-Werkes Riedholz einen exemplarischen Sozialplan erkämpft. (...) Nach einem über 22-stündigen Verhandlungsmarathon haben sich die Verhandlungsgemeinschaft Borregaard-Attisholz und das Borregaard-Management auf einen Sozialplan für die Beschäftigten der von der Schliessung bedrohten Zellulosefabrik in Riedholz geeinigt. Heute nun hat die Belegschaft das Verhandlungsergebnis in einer Betriebsversammlung angenommen. Der Entscheid war unbestritten, denn der Sozialplan setzt Massstäbe weit über den Fall «Borregaard-Attisholz» hinaus."* [20]

Es stellt sich die Frage, welche *„Massstäbe weit über den Fall «Borregaard-Attisholz» hinaus"* hier gemeint sind: Der „exemplarische Sozial-

---

[19] Zumindest ist der Verdacht nicht unbegründet, dass dies beim verantwortlichen Unia-Funktionär tatsächlich so gewesen ist und dass es sich beim „Kampf mit allen Mitteln für die Erhaltung der 440 Arbeitsplätze" um eines jener „Scheingefechte" gehandelt hat, das im erwähnten Internet-Blog dem Borregaard-Management vorgeworfen wird. So liegen dem Verfasser Dokumente vor, die beweisen, dass Corrado Pardini ebensowenig Interesse an der Erhaltung der Arbeitsplätze in der Zellulosefabrik gehabt hat wie das Borregaard-Management und die von ihm kritisierte Solothurner Regierung. *„Corrado Pardini hat mich gebeten, Ihnen eine kurze Nachricht zu schicken, in der wir unser entschiedenes Interesse an einem Gespräch über Ihr Projekt bekräftigen. Er ist derzeit ausser Haus, meist in Attisholz, mit konkreten Massnahmen beschäftigt. Er wird sich so schnell wie möglich bei Ihnen melden."* Dies lässt Pardini am Mittwoch, 15.10.08 durch einen „engen Mitarbeiter" per E-Mail einem Ostschweizer Industriellen ausrichten, der auf seinen Anruf wartet, um ihm ein Alternativprojekt vorzustellen. Am Freitag, 17.10.08 hat Pardini noch immer nicht angerufen, und am nächsten Tag an der Kundgebung in Luterbach fordert er die sofortige Aufnahme von Sozialplanverhandlungen. Ein solches Verhalten kann nicht anders denn als Verrat an den Borregaard-Arbeitern qualifiziert werden!

[20] http://borregaard.blogspot.com/2008/11/die-belegschaft-erkmpft-einen.html

plan“, mit dem sich die Gewerkschaften brüsten? Oder die Art, wie ein *„Kampf mit allen Mitteln“* geendet hat, der ursprünglich *„für die Erhaltung der 440 Arbeitsplätze“* angekündigt worden ist? Es ist offensichtlich, dass es mit solcher Rhetorik nur darum gegangen ist, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Denn einmal angenommen, die verantwortlichen Unia-Funktionäre wären tatsächlich so naiv gewesen und hätten geglaubt, mit einer Petition - einer Bittschrift auf gut Deutsch! - könne das Borregaard-Management zur Rücknahme des Schliessungsentscheids veranlasst werden, dann hätten spätestens nach der vereitelten Petitionsübergabe die anfänglich grossmäulig angedrohten „Kampfmassnahmen“ folgen müssen. *„Sollte der Dialog nicht fruchten, käme aber auch ein Streik in Frage“*, wird Corrado Pardini am 02.10.08 von der BZ zitiert.[21] Stattdessen hat – wie erwähnt – der gleiche Pardini im Anschluss an die gescheiterte Petitionsübergabe sogleich zum Rückzug geblasen und erklärt, er habe den Leuten gesagt, dass nun die Mehrheit der Belegschaft die Stelle verlieren werde.

[21] www.bernerzeitung.ch, “Aufstand in der Zellulose-Fabrik”, a.a.O.

Es stellt sich deshalb weiter die Frage, ob Corrado Pardini überhaupt weiss, was ein Streik ist oder ob er „Petition“ denkt, wenn er „Streik“ sagt... Immerhin ist allgemein bekannt, dass die Gewerkschaften in der Schweiz zwar „kampferprobt“ sind, was das Aushandeln von Sozialplänen betrifft, jedoch so gut wie keine Streikerfahrung haben. Nachdem anfangs Oktober in Worten mit einem „Streik“ gedroht worden ist, wäre es naheliegend gewesen, sich sogleich mit jenen in Verbindung zu setzen, die darin über eine wichtige, zudem noch frische Erfahrung verfügen: das Streikkomitee in Bellinzona. Dies jedenfalls für den Fall, dass die Worte überhaupt ernst gemeint gewesen sind. So wie „der Kampf mit allen Mitteln“ verlaufen ist, bestehen daran – gelinde gesagt – erhebliche Zweifel.

Auch wenn dies reichlich gewagt ist, so sollen dennoch einige Überlegungen darüber angestellt werden, welche Voraussetzungen erforderlich gewesen wären, damit wenigstens eine Chance bestanden hätte, die Schliessung der Zellulosefabrik Borregaard-Attisholz zu verhindern. Als erstes sticht selbstverständlich die völlige Kampfunerfahrenheit der Borregaard-Arbeiter ins Auge, gleichzeitig aber auch eine gewisse Kampfbereitschaft, die in den beiden spontanen Aktionen zum Ausdruck gekommen ist. Ob diese ausgereicht hätte für einen „7. März“ wie in Bellinzona, falls innerhalb des Betriebs wenigstens ein kleiner, spontan gebildeter Kern von aktiven und klassenbewussten Arbeitern vorhanden gewesen wäre, darüber lässt sich natürlich nur spekulieren. Wenig Zweifel dürften hingegen darüber bestehen, dass auf die spontane Stürmung und kurzzeitige Besetzung des Verwaltungsgebäudes unmittelbar danach auch die Besetzung des Werksgeländes hätte folgen müssen, um überhaupt ernst genommen zu werden.

In diesem Zusammenhang halte ich einmal mehr die Besetzung des Werkgeländes für entscheidender als ein allfälliger Streik. Ein solcher hätte wohl nur dazu geführt, dass das Borregaard-Management den Betrieb bereits einige Wochen früher als geplant für immer stillgelegt hätte. Demgegenüber hätte die Betriebsbesetzung auch hier die Machtverhältnisse schlagartig zu Gunsten der Arbeiter verändert. Eine gleich-

zeitige Besetzung des Verwaltungsgebäudes (und Einschliessung des Direktors in seinem Büro – wie früher in Frankereich - als Strafe für die verweigerte Petitionsannahme!) hätte die Entschlossenheit der Arbeiter zweifellos medienwirksam verstärkt. Die Chance, das Werk bis zur Übernahme durch einen neuen Besitzer in Selbstverwaltung weiterzuführen, wäre auch deshalb intakt gewesen, weil über die eigentliche Belegschaft hinaus weitere Kreise ein Interesse an der Fortführung der einzigen Zellulosefabrik in der Schweiz gehabt hätten, so beispielsweise die Waldwirtschaft oder die Eidgenössische Alkoholverwaltung. Dass die vorübergehende Selbstverwaltung durchaus eine realistische Option ist, zeigt das folgende Beispiel: die INNSE in Mailand.

INNSE Mailand: das Experiment Selbstverwaltung

«Wir haben beschlossen, ab dem 31. Mai 2008 sämtliche Aktiviäten einzustellen.» Als die Arbeiterinnen und Arbeiter der INNSE Presse Mailand ein Telegramm des Fabrikbesitzers mit diesem Inhalt erreicht, versammeln sie sich sogleich vor dem Werkstor, das sie allerdings verschlossen und von privaten Sicherheitsleuten bewacht vorfinden. Mit List gelingt es ihnen, die Fabrik zurückzuerobern, worauf sie eine ständige Betriebsversammlung ausrufen. Es wird beschlossen, den Betrieb besetzt zu halten und die Produktion in Selbstverwaltung weiterzuführen. Dem Hauptabnehmer werden die erledigten Arbeiten erst ausgehändigt, nachdem er neue Aufträge angeliefert hat. Auf diese Weise wird die INNSE dreieinhalb Monate lang (von anfangs Juni bis Mitte September 2008) in Selbstverwaltung geführt. Gearbeitet wird wie vorher in zwei Schichten. Zusätzlich bewachen die Arbeiter nachts, am Wochenende und an Feiertagen den Betrieb und schützten ihn so vor möglichen Sabotageangriffe des Besitzers.

Denn an solchen Versuchen aller Art fehlt es nicht, auch nachdem die Arbeiter seine Söldnertruppe, bestehend aus acht tätowierten Body-

guards, verjagt haben Gleich am ersten Arbeitstag kommt der Arbeitsinspektor, um die Sicherheit im Betrieb zu überprüfen. Nach einigen Tagen folgt ein Einsatztrupp des Elektrizitätswerks ENEL mit dem Auftrag, den Strom abzuschalten. Die ENEL-Leute werden abgewimmelt und so ein weiterer Angriff erfolgreich abgewehrt. Bald darauf wird die Telefonleitung gekappt und muss durch Mobiltelefonie ersetzt werden. Eine grössere Schwierigkeit besteht darin, die Werkskantine ebenfalls in

Selbstverwaltung weiterzuführen, nachdem der Pächter auf Druck des Fabrikbesitzers die Arbeiter im Stich gelassen hat. Die erfolgreiche Lösung auch dieses Problems schweisst die Belegschaft zusätzlich zusammen.

In den Siebzigerjahren waren Italien und FIAT fast gleichbedeutend mit Gewerkschaft und Streik. Inzwischen scheint die italienische Arbeiterbewegung am Boden zerstört zu sein. Monatelang bleiben die Arbeiterinnen und Arbeiter bei INNSE ohne nennenswerte Unterstützung. Gewerkschaftsfunktionäre konmen zwar in Scharen vorbei und können

kaum glauben, dass es noch Arbeiter gibt, die sich gegen Entlassungen und Betriebsschliessung zur Wehr setzen. Solidaritätsaktionen oder gar Sympathiestreiks anderer Betriebe bleiben in den Monaten der Selbstverwaltung weitgehend aus. Die Metallarbeitergewerkschaft FIOM spendet dreihundert Euro – eine beschämende Summe im Vergleich zu den zehntausend Euro, die sonst von überall her zusammenkommen. Nach dem Besuch des FIOM-Generalsekretärs Rinaldini im Oktober bei den INNSE-ArbeiterInnen richtet die Gewerkschaft eine Streikkasse ein: Das Geld hätte „heute oder morgen" überwiesen werden sollen. Es ist nicht bekannt, ob es inzwischen bei den Arbeitern eingetroffen ist.

Die Unterstüzung durch die Gewerkschaft beschränkt sich anfänglich auf den rechtlichen Beistand: Gegen den Besitzer wird eine Klage wegen „antigewerkschaftlicher Tätigeit" (Aussperrung) geführt, die ein Mailänder Gericht Mitte Juli ablehnt. Verhandlungen mit den Behörden verlaufen im Sand. Der Unternehmer weigert sich, die am 22. August formell ausgesprochenen Entlassungen zurückzunehmen. Der Staat stellt sich voll und ganz auf dessen Seite. Das zeigt sich insbesondere am 17. September, als die Polizei die Arbeiter mit einem Räumungsbefehl von der Arbeit weg aus der Fabrik holt. Ein derartiger Vorfall hat sich in Italien seit dem Ende des Faschismus noch nie zuvor ereignet! Seither belagern die Arbeiter das Werkstor. Dort haben sie inzwischen ihr „Basislager" eingerichtet: Mit Brettern und andern Materialien haben sie notdürftig zwei Räume geschaffen, eine Küche und ein grösserer als Aufenthaltsraum, den sie auch für Versammlungen nützen.

Die ArbeiterInnen der INNSE sind buchstäblich auf die Strasse geworfen worden und zeigen das auf diese sehr demonstrative Art und Weise. Genau wie vorher im Betrieb, in den Monaten der selbstverwalteten Produktion, wechseln sie sich tagsüber in zwei Schichten ab. Dazu kommt - ebenfalls wie vorher - die Nachtwache. Auf diese Weise gelingt es ihnen, eine bescheidene Öffentlichkeit für ihren Kampf zu schaffen. Den Mailänder Behörden ist dieser Kampf und seine Öffentlichkeit sehr lästig. Am 24. September empfängt deshalb der Präfekt persönlich eine Arbeiterdelegation und liest ihr zwei Briefe vor: Einen hat er ans Mi-

nisterium für wirtschaftliche Entwicklung in Rom geschickt, um die Verhandlung zwischen Genta und dem möglichen neuen Besitzer zu beschleunigen. Den andern direkt an Genta wegen der ausstehenden Augustlöhne, die dieser trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht bezahlt hat. Eine erste Verhandlungsrunde in Rom hätte Mitte Oktober stattfinden sollen, wird jedoch verschoben, weil der Kaufinteressent noch mehr Zeit benötige.

Es steht noch in den Sternen, ob die INNSE wirklich einen neuen Besitzer erhält, der die Produktion wieder aufnimmt oder ob der Betrieb definitiv geschlossen wird. Denn hinter Genta, dem heutigen Besitzer, und der Betriebsschliessung stehen die Interessen einer Immobilienfirma, der das Grundstück gehört. Solange darauf eine industrielle Tätigkeit ausgeübt wird, darf das Gelände nicht umgezont werden. Mit andern Worten: Hinter der Schliessung der INNSE stehen hauptsächlich die Interessen der Bodenspekulation und jene Logik, die davon ausgeht, dass mit der Errichtung von Luxuswohnungen, Parkplätzen und Einkaufszentren mehr Gewinn gemacht werden kann als mit industrieller

Produktion. Es liegt auf der Hand, dass die ArbeiterInnen der INNSE es neben dem Schrotthändler Genta mit einem weit mächtigeren Gegner zu tun haben: die Immobilienfirma AEDES, an der gerüchteweise auch Ministerpräsident Berlusconi beteiligt sei.

Mitte November rückt deshalb die Auseinandersetzung mit AEDES ins Zentrum des Kampfes. Nachdem ein Treffen zwischen dem möglichen Käufer der INNSE (die Industriegruppe ORMIS aus Brescia) und der AEDES ergebnislos verlaufen ist, durchqueren die INNSE-ArbeiterInnen in einem Protestumzug die Stadt und gelangen zum Sitz der AEDES. Dort lassen sie ihrer Wut freien Lauf, betreten das Gebäude und besetzen es solange, bis ein Vertreter der Firma den Arbeitern verspricht, er werde sich um eine Antwort auf die Frage kümmern, ob die AEDES bereit sei, das Gelände an ORMIS zu vermieten. Als Ende November, nach einer weiteren Verhandlung zwischen AEDES und ORMIS klar geworden ist, dass die Immobilienfirma sich weigert, das Gelände an ORMIS zu vermieten (oder zu verkaufen), besetzen die INNSE-ArbeiterInnen erneut den Sitz der AEDES. Statt mit den Arbeitern zu sprechen, rufen die Immobilienhengste die Einsatztruppe der Staatsschutzpolizei DIGOS. Der Zusammenstoss mit den Ordnungskräften und die gewaltsame Räumung wird im letzten Augenblick vermieden, als die AEDES durch Vermittlung ihres Anwaltes eine Delegation der INNSE-ArbeiterInnen mit ihrem Betriebsrat empfängt, zusammen mit dem Mailänder Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft FIOM sowie dem Sekretär der Mailänder Arbeitskammer, die inzwischen herbeigeeilt sind. Bei dieser Besprechung bekräftigt die AEDES ihre Absicht, das Gelände zu räumen, sobald Genta die Maschinen aus der Fabrik geschafft hat.

Damit konzentriert sich der Kampf wieder auf den INNSE -Besitzer Genta, dem die Maschinen gehören. Bereits anfangs November ist es beinahe zu gewaltsamen Zusammenstössen mit der Polizei gekommen, als Genta versucht, der INNSE den Gashahn zudrehen zu lassen. Die Arbeiter empfinden dies als reine Provokation: Weshalb soll in einer Fabrik, die seit der Räumung am 17. September nicht mehr benützt

wird, das Erdgas abgestellt werden, während Verhandlungen über die Weiterführung der Produktion durch einen neuen Eigentümer laufen? Als die Techniker des Gasversorgungs-Unternehmens SNAM die Arbeiter sehen, die im strömenden Regen in mehreren Reihen Ketten vor dem Werkstor bilden, fest entschlossen, sie nicht hineinzulassen, halten sie an, um mit ihnen zu sprechen. Die Arbeiter erklären den SNAM Leuten, dass man bei laufenden Verhandlungen einem Betrieb nicht das Gas abstelle und dass sie deshalb nicht von der Stelle weichen würden. Während einiger Minuten ist das Klima zwischen den Ordnungskräften und den Manifestanten äusserst gereizt, und die Lage entschärfte sich erst, als die SNAM-Angestellten in ihren Dienstwagen steigen und dorthin zurückkehren, woher sie gekommen sind. Um das von Genta gewollte Ziel dennoch zu erreichen, erfolgt einige Tage später ein Überraschungsangriff im Morgengrauen, als das Basislager weniger stark besetzt ist, Den Mannschaftswagen bleibt kaum Zeit um anzuhalten, als Dutzende von Polizisten in Kriegsausrüstung und im Sturmschritt sich in zwei Flügeln vor den Werkstoren aufstellen, die Reihen geschlossen, ausgerüstet mit Schild und Schlagstock. Genta persönlich sowie die Techniker des Gasversorgungs-Unternehmens SNAM betreten in Begleitung der Beamten der Staatsschutzpolizei DIGOS das Werk und schliessen die Gashahnen.

Die Schwierigkeiten, die Genta angetroffen hat, um die Gasversorgung der INNSE zu unterbrechen, lassen erahnen, wie sehr er sich beim Abtransport der Maschinen die Zähne ausbeissen wird. Der siebte Monat des Kampfes bei INNSE beginnt mit einer Niederlage für Genta: Vom Gericht bekommt er die Aufforderung, den ArbeiterInnen den letzten Monatslohn und die Abgangsentschädigung zu bezahlen. Als erste Reaktion fällt ihm nichts Besseres ein, als seinen Anwalt zu wechseln. Mitte Dezember kommt im Morgengrauen der Funktionär der Staatsschutzpolizei Digos ins Basislager und teilt mit, dass die Fabrik von heute an nicht mehr unter Beschlagnahme stehe. Darauf bemerken die Arbeiter, dass die Männer des Fabrikbesitzers Genta schon während der Nacht durch den Hintereingang ins Werk eingedrungen sind und sogleich Videokameras intstalliert haben, um das Gelände rund um das Fabrik-

gebäude zu überwachen, und zwar ganz offensichtlich mit dem Ziel zu verhindern, dass die Arbeiter sie noch einmal in Besitz nehmen. Sogleich klettern die Arbeiter über die Werkstore, überqueren den Hof und treffen dann an den Türen zu den Werkstätten auf die in Schlachtordnung aufgestellten Ordnungskräfte. Trotz wiederholten Versuchen und Zusammenstössen gelingt es den Arbeitern nicht, die Sperre der Polizisten zu durchbrechen.

Kurz vor Weihnachten versucht Genta einen weiteren Überraschungsangriff im Morgengrauen. Mit dem Begehren, den Maschinenpark mitzunehmen, fährt er diesmal mit Lastwagen und einem grossen Mobilkran vor, der den Abtransport ermöglichen sollte. Erneut stellt die Besatzung im Basislager ihre Wachsamkeit und Tüchtigkeit unter Beweis. Die Arbeiter bilden vor den Werkstoren Ketten und verhindern so die Einfahrt der Lastwagen. Gleichzeitig werden die Arbeiter der andern Schichten alarmiert, die nach kurzer Zeit zusammen mit Aktivisten und Unterstützern eintreffen. Auch Ordnungskräfte, Journalisten und Fotografen sind dazugestossen. Auf einmal ist klar, dass Genta und sein neuer Anwalt in die Präfektur gerufen werden. Am frühen Nachmittag machen sich die Lastwagen wieder auf den Weg zur Autobahn nach Turin. Der Widerstand der Arbeiter hat sich gelohnt.

Am Montag, 15. Dezember findet in der Präfektur Mailand eine Besprechung statt, zu der neben dem INNSE-Betriebsrat der Fabrikbesitzer Genta, die AEDES als Eigentümerin des Geländes, die ORMIS als am Kauf der INNSE interessierte Gesellschaft, die Vertreter der Gemeinde und der Provinz Mailand, der Generalsekretär der Mailänder Arbeitskammer sowie das Provinzsekretariat der Metallarbeitergewerkschaft FIOM aufgeboten sind. Dort knüpft AEDES die Vermietung der INNSE-Halle an ORMIS an die Bedingung, dass diese sich verpflichte, in Entfernung von einigen hundert Metern eine neue Halle aufzustellen und die INNSE dorthin zu verpflanzen. Damit ist klar geworden, dass die ArbeiterInnen der INNSE nicht nur Genta als Besitzer der Maschinen und AEDES als Besitzerin des Grundstücks als Gegner haben, sondern auch die Stadt Mailand. Trotz der mündlichen Zusicherung, wo-

nach für den Fall, dass die AEDES sich weigere, das Grundstück zur Weiterführung der Produktion zu vermieten, dieses als Industriegelände dennoch nicht für andere Zwecke als jene vom Zonenplan vorgesehenen verwendet werden könne, hat diese nicht die Absicht hat, auf die AEDES Druck auszuüben, damit diese ihre Haltung ändert.

Die INNSE-ArbeiterInnen haben deshalb den Eindruck, gegen ein „dreiköpfiges Ungeheuer“ kämpfen zu müssen: Genta, AEDES und die staatlichen Institutionen, die sich trotz anders lautenden Beteuerungen stets auf die Seite von Genta und AEDES stellen. Da Ende Mai der Fabrikbesitzer als normalerweise direkter Gegenspieler der ArbeiterInnen für einige Monate von der Bildfläche verschwindet, findet das sonst übliche Ritual mit einer angeblich über den Konfliktparteien stehenden staatlichen Schlichtungsstelle gar nicht erst statt. Dafür treffen die INNSE-ArbeiterInnen bereits nach kurzer Zeit auf den Staat als unmittelbaren Gegner: Nicht der Fabrikbesitzer hat die Arbeiter ausgesperrt, sondern der Staat mittels seiner Justiz und Polizei. Seit Mitte September verhindert der Staat, dass bei INNSE produziert werden kann! Obwohl der Zonenplan des Grundstücks, auf dem die INNSE steht, keine andere als eine industrielle Nutzung zulässt, unternehmen die Behörden nichts, um diesen Tatbestand zu bekräftigen. Damit heizen sie die Bodenspekulation an, die auf eine Umzonung hofft, nachdem die Maschinen abtransportiert sind und das historische Fabrikgebäude dem Erdboden gleichgemacht worden ist.

Zu einer weiteren Kraftprobe und möglicherweise entscheidenden Schlacht kommt es am 14. Januar 2009. An diesem Tag gelingt es den INNSE-ArbeiterInnen, einen weiteren Angriff des Fabrikbesitzers abzuwehren, der frühmorgens in der Dunkelheit mit acht LKWs und einem Kran aus Turin gekommen ist, um die Maschinen aufzuladen. In weniger als einer halben Stunde stehen mehr als hundert ArbeiterInnen vor den Werkstoren. Neben jenen der INNSE auch solche aus andern Mailänder Betrieben, die ebenfalls von Entlassungen und Aussperrungen betroffen sind. Ausserdem zahlreiche Studenten und die Bewohner zweier autonomen Zentren von Mailand sowie ein Parlamentsabgeord-

neter und ein Mitglied des Provinzialausschusses, die sich beide am Werkstor angekettet haben. Während des ganzen Morgens ist die Stimmung ausserordentlich gespannt, vor allem als die Mannschaftswagen der Polizei und der Carabinieri angefahren kommen. Angesichts der zahlenmässigen Überlegenheit der Arbeiter und Studenten verzichten die Ordnungskräfte auf einen gewalttägigen Einsatz. Dreihundert sind es, zeitweise sogar noch mehr, die bei eisiger Kälte solidarisch mit den INNSE-ArbeiterInnen vor den Werkstoren stehen und dort während des ganzen Tages ausharren. Gegen neun Uhr abends setzen sich Gentas Lastwagen wieder in Bewegung, biegen in die nahegelegene Autobahn ein und kehren nach Turin zurück, so leer, wie sie gekommen sind.

Obwohl – wie später durchsickert - an diesem Tag sogar Innenminister Maroni mit dem Präfekten von Mailand telefoniert habe,[22] ist es dem Schrotthändler aus Turin auch diesmal nicht gelungen, sich Zutritt zum Werk zu verschaffen und die Maschinen zu holen. Es hat ihm nichts gebracht, dass er wieder alle Hebel in Bewegung gesetzt und seine Parteifreunde von der Lega Nord eingespannt hat, damit diese dafür sorgen sollten, dass die Polizei ihm den Weg frei prügle. Offensichtlich sind die verantwortlichen Behörden zum Schluss gekommen, dass sie angesichts der sich häufenden Massenentlassungen und Betriebsschliessungen Öl ins Feuer giessen würden, wenn sie ArbeiterInnen, die für ihre Arbeit und für den Erhalt ihrer Fabrik kämpfen, mit einem Grossaufgebot an Polizei niederknüppeln liessen. Die Vermutung, dass man stattdessen nach einer politischen Lösung des Konflikts sucht, wird gestützt durch das Treffen, das auf Einladung des Präsidenten der Provinz Mailand sechs Tage später - am 20. Januar 2009 - am Sitz der lombardischen Regionalregierung stattfindet und an dem – neben einer Delegation der INNSE-ArbeiterInnen und ihrem Betriebsrat - Vertreter der Mailänder Präfektur, der Metallarbeitergewerkschaft FIOM sowie der Besitzer Genta mit zwei Anwälten teilnehmen. Als Resultat aus diesen Verhandlungen will der Vizepräsident der Region Lombardei zusammen mit dem für Arbeit zuständigen Provinzverantwortlichen das Vorhandensein

[22] Telefonische Mitteilung eines INNSE-Arbeiters an den Verfasser, einige Tage später.

eines oder mehrer Käufer abklären und die Stichhaltigkeit der Offerte der Gruppe ORMIS prüfen, die bis vor wenigen Wochen erklärt hat, dass sie die INNSE kaufen will.

Eindrücklich beim Kampf um INNSE ist die Geschlossenheit der fünfzig ArbeiterInnen. Die Einmütigkeit, mit der die Belegschaft, die nach dem tragischen Hinschied eines Kollegen, der am 21. Juli einem Herzinfarkt erlegen ist, auf 49 geschrumpft ist, allen Schwierigkeiten begegnet.

Niemand ist bisher ausgeschert und hat den individuellen Ausweg gewählt, alle sind geblieben, auch die Kaderangestellten. Der Ingenieur hat Seite an Seite mit den Arbeitern die Pfannen der selbstverwalteten Werkskantine gespült. Auch nach der Räumung durch die Polizei trotzen die Kaderangestellten mit allen andern zusammen Nässe und Kälte und helfen mit, die Besetzung vor dem Werkstor aufrechtzuerhalten. Diese fast unglaubliche Solidarität lässt erahnen, welche Macht an verborgenen Kräften der gemeinsame Kampf gegen eine absurde und unmenschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung freisetzen kann!

Ein besonders schönes Beispiel der Verbindung zweier Arbeiterkämpfe zeigt die Unterstützung des Kampfes bei INNSE durch das Streikkomi-

tee der SBB-Arbeiter von Bellinzona. Begonnen hat der Zusammenschluss zwischen den beiden kämpferischen Belegschaften mit dem Auftritt von INNSE-Arbeitern anlässlich der Uraufführung des Streikfilms *„Giù le mani“* am 15. August 2008 in Locarno. Die Teilnahme einer INNSE-Delegation am nationalen Gewerkschaftstreffen vom 20. September in Rodi sowie die Geldsammlung zu Gunsten der INNSE-ArbeiterInnen durch das Streikkomitee in Bellinzona hat das Band zwischen den beiden Belegschaften enger geknüpft. In der Folge haben wietere Begegnungen stattgefunden: Am 12. Oktober sind die Arbeiterinnen und Arbeiter von INNSE mit ihren Angehörigen zu einer Theateraufführung des *„Laboratorio Officine Donna“* nach Mendrisio gereist. Am 6.

Dezember hat eine Delegation aus dem Tessin das „Labor der Solidarität“, wie die INNSE-ArbeiterInnen ihr Basislager vor dem Werkstor nennen, besucht. Im Anschluss an die gleichentags in Mailand stattfindende Aufführung des Films *„Giù le mani“* übergibt Gianni Frizzo einem INNSE-Arbeiter die Streikfahne der Officine und eine Geldspende von 500 Euro.

Anlässlich des eintägigen Generalstreiks in Italien am 12. Dezember 2008 kommt die Streikfahne der Offcine bereits zum Einsatz. Mit ihrem

Spruchband *„Giù le mani dalla INNSE"* - „Hände weg von der INNSE!" – marschieren die INNSE-ArbeiterInnen an der Spitze des Demonstrationszugs. *„Giù le mani dalla Officina!",* hallt es durch Mailands Strassen. Der Schlachtruf von Bellinzona ist zum Symbol des Arbeiterwiderstandes gegen Massenentlassungen und Betriebsschliessungen geworden. Am Schluss der Kundgebung ergreift ein INNSE-Arbeiter von der Rednertribüne aus das Wort und sagt unter anderem: *„Ich bin mit dieser Fahne aufs Rednerpult gestiegen. Das ist die Fahne der Officina von Bellinzona. Sie haben gekämpft und haben gewonnen. Diese Fahne ist das Symbol des Kampfes und des Sieges. Auch wir wollen gewinnen und in die Fabrik zurückkehren, um die Produktion wieder aufzunehmen."*

Die heutige INNSE in Milano-Lambrate ist aus der legendären INNOCENTI hervorgegangen, die einst mehrere Tausend Arbeiter beschäftigte. Nach Umstrukturierungen und Besitzerwechsel sind es immer weniger geworden, bis sich die letzten fünfzig gegen die endgültige Schliessung zur Wehr gesetzt haben. Aus welchen Gründen der Widerstand nicht bereits früher möglich war, ist nicht bekannt. Selbstverständlich ist es besser und wirkungsvoller, wenn dieser stattfindet, solange es noch einige Hundert sind. Dennoch zeigt das Beispiel von INNSE, dass ein erster Aderlass an Beschäftigten kein Grund zur Resignation ist.[23]

Die 49 Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich seit mehr als sieben Monaten heldenhaft gegen ihre Entlassung und gegen die Schliessung ihrer Fabrik wehren, sind ein Vorbild für alle anderen, die von Massenentlassungen und Betriebsschliessungen bedroht sind. Mit ihrem Kampf stellen die ArbeiterInnen bei INNSE die Logik einer Produktionsweise in Frage, die darauf beruht, dass eine industrielle Produktion nur solange aufrecht erhalten werden könne, als sie dem Besitzer einen weit grösse-

[23] Auch in den SBB-Werkstätten von Bellinzona ist es dem „Comitato giù le mani dalle Officine" nicht gelungen, frühere Entlassungswellen zu verhindern. Einerseits sind es die Lehren aus diesen Erfahrungen, andererseits der Schliessungsentscheid des SBB-Managements, die am 7. März 2008 zum entschlossenen Widerstand mit Streik und Betriebsbesetzung führen.

ren Gewinn verspricht, als er mit dem gleichen Kapitaleinsatz anderswo erzielen könnte. Diese Logik hat zur Zerstörung unzähliger Industriearbeitsplätze in ganz Europa innerhalb weniger Jahrzehnte geführt. Die Besetzung und Weiterführung des Betriebs in Selbstverwaltung weist einen andern Weg als jenen, der bei Betriebsschliessungen bisher stets von den Gewerkschaften beschritten worden ist.

Die Besetzung des Betriebs und dessen Weiterführung in Selbstverwaltung zeigt allen von Entlassung bedrohten ArbeiterInnen einen Ausweg, um sich gemeinsam erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit und Elend zur Wehr zu setzen. Gleichzeitig widerlegt ein selbstverwalteter Betrieb die bürgerliche Ideologie und beweist, dass es weder einen Fabrikbesitzer noch Aufseher braucht um zu produzieren. Auch wenn der Versuch jeweils nur kurze Zeit dauert, mit der Betriebsbesetzung und der Organisierung der Produktion durch die ArbeiterInnen selbst, wird die Produktionsweise der Zukunft in einer Gesellschaft als Zusammenschluss selbständiger Produzenten vorweggenommen. In einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der sich der Einzelne nicht mehr in erster Linie als Konsument sieht, sondern als gleichberechtigter Produzent in einem Wirtschaftskreislauf, der einzig zur Bedürfnisbefriedigung aller dient.

So weit ein einzelner Arbeiterkampf - wie bei INNSE in Mailand - auch über die üblichen Kampfformen hinausgeht, unweigerlich stösst er an seine Grenzen: die Rechtsordnung der bürgerlichen Gesellschaft. Dies gilt insbesondere, wenn er isoliert bleibt und sich nicht auf andere Betriebe ausdehnt. Bei INNSE haben die ArbeiterInnen das schmerzlich erlebt mit dem Einsatz von Justiz und Polizei sowie einer vor allem anfänglich äusserst dürftigen Unterstützung durch die Bevölkerung, die sich nur in individueller Solidarität mittels Spenden geäussert hat und nicht in machtvollen Strassendemonstrationen wie beispielsweise beim Kampf um die SBB-Werkstätten von Bellinzona. Ein besetzter und selbstverwalteter Betrieb befindet sich in einem „rechtsfreien Raum“, der nie lange andauern kann. Entweder wird das Experiment durch die staatliche Unterdrückung beendet oder der selbstverwaltete Betrieb

muss sich eine neue Rechtsform geben und wieder in die bürgerliche Gesellschaft einordnen. Bei INNSE wäre dies die Übernahme durch den bisherigen Hauptkunden, die Industriegruppe Ormis aus Brescia. Die Erkenntnis der Grenzen eines selbstverwalteten Betriebs schmälert keineswegs dessen Bedeutung, sondern weist im Gegenteil den Weg, den die Lohnabhängigen gehen müssen, um diese Grenzen zu sprengen: die Verbindung der einzelnen, noch isoliert geführten Arbeiterkämpfe.

IVECO Suzzara (I): das Strohfeuer der Revolte

«Investitionen für mehrere Tausende von Milionen Euro, 600 vorgesehene Anstellungen, für eine Tagesproduktion, die innerhalb des Jahres 2007 350 neue „Daily" erreichen wird. Um der Produktionsspitze zu begegnen, wurde auch eine freiwillige Nachtschicht eingeführt. Das Werk der IVECO von Suzzara fliegt einem historischen Rekord entgegen, sowohl hinsichtlich Produktion als auch Beschäftigung. Man rechnet bis Ende 2007 mit einem Ausstoss von 75 000 leichten Fahrzeugen. Bis im 2010 wird es Arbeit für dreitausend Personen geben mit einer Produktion von 500 Fahrzeugen am Tag. Die Gruppe Fiat hat das Suzzareser Werk zum „Auftragsleader" erklärt.» Voller Begeisterung berichtet im Mai 2007 die „Gazzetta di Mantova" über das IVECO-Werk in Suzzara in der Gegend von Mantova wie von einer „Traumfabrik". Spätestens anfangs Oktober 2008 ist der Traum ausgeträumt und weicht einem bösen Erwachen.

Nachdem noch am Nachmittag des 9. Oktober die Arbeitsverträge von 160 Zeitarbeitern bestätigt worden sind, beeilt sich die Firma im Laufe des Abends, ihnen zu telefonieren und mitzuteilen, sie bräuchten am Freitag nicht mehr zur Arbeit zu kommen, da ihre Verträge nicht mehr verlängert würden. Die empörten Arbeiter begeben sich am Freitagmorgen dennoch in den Betrieb, um eine Übereinkunft zu suchen. IVECO macht jedoch klar, dass die Verträge keinesfalls erneuert würden. Bereits während der Versammlung im Betrieb beginnt sich die Wut der entlassenen Arbeiter zu entladen. Ein Gewerkschaftsfunktionär wird von

einem Puddingbecher am Auge getroffen.[24] Dann ziehen die Arbeiter zum Direktionsgebäude und rufen drohende Sprechchöre gegen die Firmenleitung. In Kürze entleert sich das ganze Werk von über tausend Beschäftigten. Im Laufe des Nachmittags erreichen die Protestierenden den Kreisel der Provinzstrasse und bringen den Verkehr zum Erliegen. Patrouillen der Polizei versuchen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Während beider Schichten finden an diesem Tag Versammlungen und Strassendemonstrationen in der Umgebung des Werks statt.

Für den folgenden Montagmorgen, 13. Oktober 2008 wird ein Treffen zwischen der Firma und den Gewerkschaften vereinbart. Allerdings macht IVECO bereits klar, dass die Entlassenen nicht wieder eingestellt und die Kurzarbeit ausgedehnt werde: von drei auf zehn Tagen für den November. Ausserdem werde das Werk ab dem 12. Dezember bis Mitte Januar im Sinne eines verlängerten Weihnachtsurlaubs geschlossen. Noch im Juli wurden Sonderschichten gefahren, und es wurde mit einer Ausdehnung der Produktion für 2009 gerechnet. Nachdem sich die Hoffnungen nicht erfüllt haben, hat das Unternehmen begonnen, die befristeten Verträge nicht mehr zu erneuern. Der Versuch, 160 Arbeiter

---

[24] Der Zorn der Arbeiter auf die Gewerkschaften erklärt einer von ihnen in einem Internetblog*: „Aus einem ganz bestimmten Grund bin ich derart wütend... Als wir ins Werk von Suzzara gekommen sind, haben uns die Herren Betriebsräte übers Ohr gehauen: WERDET MITGLIED, UM ALLES ANDERE KÜMMERN WIR UNS!!!!! Und wir, derart hereingelegt, sind beigetreten! Jetzt sind sie alle verschwunden... Ich bin enttäuscht, dass die, die unsere Interessen hätten vertreten sollen, uns nur ausgenützt haben!!!!!“*

einfach von einem Tag auf den andern auf die Strasse zu stellen, hat nun offensichtlich das Fass zum Überlaufen gebracht.

Nach dem spontanen Arbeiterprotest planen die Gewerkschaften für den gleichen Montag Kampfmassnahmen: Ein vierstündiger Streik in den betroffenen Betrieben der Gegend, Kundgebungen an den Kreiseln mit Fahnen und Spruchbändern, jedoch ohne den Verkehr zu blockieren. Dieser sollte, so war die Absicht, nur verlangsamt werden. Damit haben die Gewerkschaften allerdings die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Inzwischen haben diese herausgefunden, dass sich die Entlassungen nicht auf die erwähnten 160 beschränken, sondern auch auf alle, die einen befristeten Arbeitsvertrag haben, der im nächsten Jahr ausläuft sowie alle jene, die mit einem halbjährigen Ausbildungsvertrag angestellt worden sind. Daraufhin erheben sich die Arbeiter, blockieren die Eingänge der Fabrik sowie die Eisenbahnlinie, die Modena mit Verona verbindet. Ausserdem versuchen sie, die Autobahnanschlüsse in der Nähe sowie einige Hauptstrassen von Suzzara zu besetzen. Ein Polizeifunktionär lässt die Manifestanten filmen und droht ihnen, sie würden wegen Störung des öffentlichen Verkehrs angeklagt. Davon lassen sie sich jedoch nicht beeindrucken: Sie rühren sich nicht von der Stelle, und es schliessen sich ihnen sogar noch weitere an. Die Manifestanten, die sich im übrigen völlig friedlich verhalten, rufen nur: *„Wir wollen arbeiten und haben Hunger!“* Gegen Abend geben die Arbeiter die Bahnlinie wieder frei und lassen die Züge zirkulieren.

Am Tag danach ruft der Präfekt von Suzzara Gewerkschaften und Firma zusammen, um eine Lösung zu finden. Und für den Sonntag, 19. Oktober wird ein offener Gemeinderat einberufen, an dem ausser den Betriebsräten der IVECO, die Provinzsekretäre der verschiedenen Gewerkschaften, die Bürgermeister der Gegend sowie weitere Politiker und Parlamentarier teilnehmen. Am Montag, 20. Oktober werde dann der Betriebsrat der IVECO, so kündigt eine Zeitung an, die Arbeiter zu einer Versammlung zusammenrufen, um sie darüber zu informieren, was am Verhandlungstisch mit dem Präfekten von Mantova und im Gemeinderat beschlossen wurde.

In der Nacht vom Sonntag auf den Montag geht auf dem Fabrikgelände von IVECO eine offene Lagerhalle in Flammen auf. an Kunststoffteile wie Stossstangen in grosser Menge werden durch den Brand zerstört. Da die Frühschicht erst um fünf Uhr morgens beginnt, haben sich zum Zeitpunkt des Brandes keine Arbeiter im Werk aufgehalten. Obwohl weder Brandsätze noch Bekennerschreiben gefunden werden, bestehen kaum Zweifel, dass das Feuer gelegt worden ist. Handelt es sich um das Werk eines Einzelnen, der völlig durchgedreht ist, oder - wie so oft in der italienischen Nachkriegsgeschichte - um die „Strategie der Spannung“? [25] Das Unternehmen teilt ausserdem mit, dass die Firmenspitze mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften eine Vereinbarung unterzeichnet hat, in der sich IVECO verpflichtet, jene sechs Arbeiter, deren Verträge im Dezemer auslaufen, innerhalb der Gruppe weiterzu-

---

[25] Unter der sog. „Strategie der Spannung“ versteht man von Geheimdiensten und rechtsextremen Organisationen inszenierte Bombenanschläge, die das Ziel verfolgen, sozialen Protestbewegungen die Spitze zu brechen, indem für die Anschläge die politische Linke verantwortlich gemacht und in der Bevölkerung ein Klima der Angst und Unsicherheit verbreitet wird, aus dem dann der Ruf nach staatlicher Repression und verstärkter Sicherheit folgen soll. Bekanntestes Beispiel ist der Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank am 12. Dezember 1969, im Anschluss an den sog. „Heissen Herbst“. Hintergrundinfos zur „Strategie der Spannung“ und zu Geheimdiensten und Geheimarmeen:

- http://www.php.isn.ethz.ch/news/mediadesk/documents/baz_16_12_2004.pdf

- http://www.zeitgeschichte-online.de/portals/_rainbow/documents/pdf/raf/igel0710.pdf

- http://www.php.isn.ethz.ch/news/mediadesk/documents/bund_20_12_2004.pdf

beschäftigen. Für die übrigen 160 mit befristeten Verträgen ist eine Pauschalentschädigung in der Höhe eines Monatslohns vorgesehen.

Auffallend beim Arbeiteraufstand bei IVECO in Suzzara ist auf den ersten Blick die Tatsache, dass die Revolte ebenso schnell wie sie aufflammt, auch wieder erlischt. Von der Heftigkeit des Protests überrascht worden sind offensichtlich alle: der FIAT-Konzern, die staatlichen Institutionen und auch die Gewerkschaften, denen die Führung von der ersten Stunde an entgleitet. Dennoch zeigt sich die Firmenleitung von der ersten spontanen Aktion unbeeindruckt: Sie lässt sich nicht zu den geringsten Zugeständnissen bewegen und nimmt vorübergehend lieber eine weitere Eskalation in Kauf. An jenem Montag dann, an dem im Anschluss an eine weitere Informationsversammlung mit neuen Tumulten hätte gerechnet werden müssen, wird „zufällig“ in der Nacht zuvor eine Lagerhalle in Brand gesetzt.

Weiter fällt allerdings auch auf, dass sich aus den spontanen Aktionen heraus - so muss man wenigstens vermuten - keinerlei Organisierung der Arbeiter entwickelt hat. Anscheinend haben sie zuerst den Betriebsräten blind vertraut und nachher, als dann die Entlassungen bekannt wurden, sich von ihnen im Stich gelassen gefühlt. Bei den Protestaktionen und Blockaden sind zwar grosse Menschenmassen zu sehen, jedoch nirgends Spruchbänder, auf denen konkrete Forderungen erhoben werden. Es sieht deshalb danach aus, dass es selbst an den elementarsten Aktionsformen gefehlt hat, die sich üblicherweise eine derartige Bewegung zu geben versteht. So bleibt es beim hilflosen, ohnmächtigen Protest, der wie ein Strohfeuer aufflammt und nach kürzester Zeit in sich zusammenfällt.

Schmerzlich macht sich der Mangel an einem harten Kern politisch bewusster Arbeiter bemerkbar, der die Protestbewegung hätte anführen und organisieren können. So verständlich die spontane Reaktion der Arbeiter gewesen ist, das Werk zu verlassen und Strassen und Bahnlinie zu blockieren, so wird bei diesem Beispiel auch deutlich, wie ungleich wirksamer eine Besetzung des Werks gewesen wäre. Abgesehen von der

Möglichkeit, dass bei einer Bewachung des Geländes rund um die Uhr, wie das bei Betriebsbesetzungen üblich ist, auch die Brandstiftung hätte vermieden werden können, liegt es auf der Hand, dass bei einem besetzten Werk die Arbeiter aus einer völlig andern Stärke heraus an den Verhandlungstisch gehen. Allerdings setzt eine Betriebsbesetzung hohe Anforderungen an die organisatorischen Fähigkeiten, an denen es hier ganz offensichtlich gefehlt hat.

Holcim Torredonjimeno (E): Massenmobilisierung oder Betriebsbesetzung?

"Der Zementkonzern leidet unter massivem Gewinnverlust und muss Werke in den USA und Spanien schliessen." So lautet am 12. November 2008 die nüchterne Meldung in der Tagesschau des Schweizer Fernsehens. Der zweitgrösste Zementkonzern der Welt habe zwischen Juli und Ende September 23,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum verdient, nämlich „nur" noch 673 Mio. Franken. Damit habe Holcim die *„Erwartungen der Finanzgemeinde"* verfehlt. Die Aktie schliesst an der Schweizer Börse 10,5 Prozent tiefer. Um die „Finanzgemeinde" wieder zu beruhigen, werden *„kostensenkende Massnahmen eingeleitet". „Dazu gehören",* führt der Holcim-Konzern in seiner Medienmitteilung aus, *„auch die geplanten Werkschliessungen in Spanien und den USA."*

In Spanien schlägt die Mitteilung wie eine Bombe ein. Zwei Tage, nachdem der multinationale Konzern das Betriebskomitee von Holcim Torredonjimeno-Jamilena (Andalusien) über seinen *„strategischen Entscheid"* informiert hat, finden in Torredonjimeno und in der Nachbargemeinde Jamilena ausserordentliche Gemeindeversammlungen statt, und zwar mit einem einzigen Traktandum: Nein zur Schliessung von Holcim Torredonjimeno! Dieser Beschluss wird an die andalusische Regionalregierung weitergeleitet. Am Samstag, 15. November gehen in Torredonjimeno gegen zehntausend Menschen auf die Strasse, um ge-

gen den Schliessungsentscheid des multinationalen Konzerns zu protestieren. Von zwölf Uhr mittags an bleiben alle Geschäfte geschlossen. Der Demonstrationszug, an dessen Spitze die Bürgermeister der beiden betroffenen Gemeinden marschieren und der vom Stadtzentrum von Torredonjimeno zum Zementwerk führt, bildet den Auftakt zur einer Aktionswoche gegen die Betriebschliessung.

¡Holcim, no se cierra! – Holcim wird nicht geschlossen! Das ist der Schlachtruf, der eine ganze Gegend erfasst. Auf dem sonntäglichen Markt von Torredonjimeno werden Unterschriften gesammelt. Am Dienstagabend, anlässlich des Fussballspiels Real Jaén-Sevilla, ziehen die Holcim-Arbeiter vor Spielbeginn unter dem Applaus der Zuschauer mit ihrem Spruchband *„Nein zur Schliessung von Holcim Torredonjimeno!“* durchs Stadion. Tagsdarauf demonstrieren über tausend Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrpersonen gegen die geplante Schliessung und ziehen vom Schulhaus zum Werk, wo sie Erklärungen verlesen, in denen sie sich mit den Holcim-Arbeitern solidarisieren.

Die Bewegung *¡No al cierre de Holcim!* vereint die Bevölkerung über alle Parteigrenzen hinweg. Selbst der konservative „Partido popular" trifft sich mit dem Betriebskomitee und kündigt einen parlamentarischen Vorstoss zur Verhinderung der Schliessung an. Es gehe nicht an, dass ein gutgehendes Werk, das während fünfzig Jahren aufgebaut und wieterentwickelt worden ist, einfach von heute auf morgen geschlossen werde. Die Delegierte der andalusischen Regierung, Teresa Vega, die ebenfalls an der Protetkundgebung teilgenommen hat, erinnert daran, dass Holcim im gleichen Jahr bedeutende öffentliche Hilfe in Anspruch genommen hat, um die Anlagen zu modernisieren und den Bedürfnissen der Umwelt anzupassen. Die andalusische Regierung sichert den Arbeitern ausserdem zu, sie werde *„alle vom Gesetz erlaubten Instrumente"* einsetzen, damit Holcim seinen Schliessungsentscheid zurückziehe.

Am Freitag, 28. November demonstrieren die Holcim-Arbeiter vor dem Sitz der Provinzregierung in Jaén, damit diese ihren Druck auf den multinationalen Konzern aufrechterhalte und ihn dazu bewege, Hand zu bieten zu einer Lösung, die dem Werk in Torredonjimeno das Überleben sichere. Mario Martinez, der Präsident des Betriebskomitees, zeigt sich allerdings beunruhigt über die Weigerung von Holcim, das Werk zu verkaufen. Wie es scheine, lägen bereits zwei Kaufofferten auf dem Tisch. Holcim wolle jedoch verhindern, dass andere das Werk übernähmen und dann den eigenen Konzern konkurrenzierten.

Anfangs Dezember empfängt Holcim die Arbeitnehmervertreter zu Verhandlungen, macht allerdings von Anfang an klar, dass der Schliessungsentscheid unwiderruflich sei. Gegenüber den Medien lässt der Konzern durchblicken, man biete den 120 Beschäftigten verschiedene Möglichkeiten an: Frühpensionierung, Versetzung in andere Holcim-Werke oder Hilfe bei der Stellensuche für jene, die weiterhin in der Gegend arbeiten wollen. Zu diesem Zweck werde ein Sozialplan bereitgestellt, der in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu konkretisieren sei. Bis ungefähr Ende Jahr werde das Werk seine Tätigkeit wieterführen. Anschliessend beginne man mit der Demontage, um das Gelände für andere Nutzungen tauglich zu machen.

Am 18. Dezember erinnern an einer Pressekonferenz in Torredonjimeno Vertreter der andalusischen Arbeitergewerkschaft *SAT (Sindicato Andaluz de Trabajadores)* an den von über tausend Personen anlässlich der ausserordentlichen Gemeindeversammlung gefassten Beschluss, sich der Schliessung des Zementwerkes zu widersetzen. Es erstaune daher, dass seit einigen Tagen nur noch von Sozialplänen, Frühpensionierungen und Versetzungen die Rede sei. Es könne nicht hingenommen werden, dass Holcim mit dem Betriebskomitee an einem geheimen Ort hinter verschlossenen Türen verhandle. Obwohl 38 Beschäftigte des Zementwerks ihr angehören, anerkenne Holcim die SAT nicht als Verhandlungspartner und schliesse sie von den Verhandlungen aus.

Das Fass zum Überlaufen gebracht habe jedoch die Tatsache, dass nun vierzig von 120 Beschäftigten von einem Tag auf den andern hinausgeworfen würden. Vordringlich sei deshalb, unabhängig davon, wer sich an den Verhandlungstisch setzen dürfe und wer nicht, dass diese Kündigungen zurückgenommen würden. Es gehe nicht an, dass vierzig Arbeiter als Beschäftigte zweiter Klasse behandelt würden. Wenn über die Zukunft des Werks verhandelt werde, dann für alle: Entweder würden alle hinausgeworfen oder niemand. Falls Holcim nicht bereit sei, auf die legitimen Forderungen der Arbeiter einzugehen, dann würden von nun an alle notwendigen Mittel ergriffen, um ihnen Nachachtung zu verschaffen. Dabei könne auch eine Radikalisierung des Konflikts nicht ausgeschlossen werden.

Den Worten folgen bereits am nächsten Tag Taten. Aus Protest gegen vierzig Kündigungen besetzen am Freitag, 19. Dezember die entlassenen Holcim-Arbeiter zusammen mit Mitgliedern der SAT das Zementwerk in Torredonjimeno. Bei den vierzig Kündigungen handelt es sich offenbar um Leiharbeiter, die zwar schon lange im Betrieb, jedoch nicht direkt bei Holcim angestellt sind. Darunter solche, denen nach über 30 Jahren Arbeitstätigkeit per Fax-Nachricht mitgeteilt worden ist, dass sie nach den Festtagen nicht mehr gebraucht würden. Andrés Bódalo, der Provinzverantwortliche der SAT, kritisiert auch die Haltung des Be-

triebskomitees, weil es sich nicht um die Leiharbeiter kümmere und ihre Anstrengungen auf die übrigen achtzig, direkt bei Holcim angestellten Mitarbeiter beschränke.

Die Besetzung laufe ohne Zwischenfälle ab, versichert Bódalo: *"Wir haben in Ruhe die Werkstätten von Holcim betreten, und von dort werden wir nicht weichen, solange sich das Unternehmen nicht verpflichtet hat, die Kündigungen zurückzunehmen."* Seit zehn Uhr morgens, als die Arbeiter mit der Besetzung begonnen und die Werkszufahrt blockiert

haben, steht der Betrieb still. Auch wenn sich im Laufe der Stunden immer mehr Personen den Besetzern anschliessen, ihr wichtigstes Ziel erreichen sie nicht: die Unterstützung der übrigen Arbeiter, die direkt bei Holcim angestellt sind. Wie jeden Freitag kommen diese am Nachmittag für eine Zusammenkunft ins Werk. Nach einigen Minuten des Zögerns und der Absprachen unter sich, beschliessen sie, sich am gewohnten Ort vor den Toren des Zementwerks zu versammeln, einige hundert Meter von ihren Kollegen entfernt, die den Betrieb besetzt haben.

Um sieben Uhr abends befinden sich etwa siebzig Personen im besetzten Werk. Neben den betroffenen Mitarbeitern auch deren Familien sowie SAT-Gewerkschafter. Sie haben Verpflegung mitgebracht und sich seither im Betrieb niedergelassen. Als der Direktor am Feierabend das Werk verlassen will, halten ihn die Arbeiter auf und verlangen Erklärungen. Mehr als ein ausweichender Bescheid ("Noch habe ich keine Antwort auf eure Anliegen") können sie ihm jedoch nicht entlocken. Das Werk muss er dann allerdings zu Fuss velassen, sein Wagen bleibt auf dem Parkplatz blockiert. Die Guardia Civil erscheint vor Ort und schickt die Besetzer weg, zieht aber angesichts deren Weigerung wieder ab.

An einer Konferenz zwischen dem Holcim-Betriebskomitee, einem Generalsekretär der sozialistischen Gewerkschaft UGT und dem andalusischen Delegierten für Beschäftigung, die am gleichen Tag stattgefunden hat, informiert der Präsident des Betriebskomitees über die erreichten Fortschritte in den Verhandlungen mit Holcim und darüber, dass diese nun parallel geführt werden sollen: am 29. Dezember jene zwischen dem Betriebskomitee und Holcim, am 30. Dezember unter der Führung von Holcim jene mit den Vertretern der Leiharbeiter.

Als weitere Protestmassnahme blockieren die Besetzer, welche die Nacht im Werk verbracht haben, am nächsten Tag während mehr als einer halben Stunde die Hauptstrasse nach Torredonjimeno. Viele der direkt bei Holcim angestellten Arbeiter schliessen sich an. Ein Demonstrationszug im Anschluss an eine Versammlung im besetzten Betrieb führt zum zum Rathaus von Torredonjimeno. Auch am Sonntag gehen die Protestaktionen weiter: Die Arbeiter, begleitet von Freunden und Familienangehörigen, demonstrieren erneut vor dem Rathaus, ziehen dann zum traditionellen Sonntagsmarkt und kehren anschliessend ins Zementwerk zurück, wo sie mit dem Werksdirektor verhandeln, der ihnen versichert, er sei daran, verschiedene Schritte zu unternehmen, um für Montag eine Zusammenkunft mit dem Betriebskomitee und Vertretern von Holcim zu organisieren. Die Vertreter des SAT erklären, sie würden an diesen Verhandlungen erst teilnehmen, wenn die Kündigungen zu-

rückgezogen seien, und drohen, die Kampfmassnahmen würden sich nicht wie bisher auf Strassenblockaden beschränken.

Einen Tag später gibt Holcim die definitive Schliessung des Werks bekannt und untersagt den Arbeitern, dieses weiterhin zu betreten. Die direkt bei Holcim angestellten Arbeiter erhalten weiterhin den Lohn, müssen sich jedoch von ihrem Arbeitsplatz fernhalten. Mit diesem Schachzug gelingt es dem multinationalen Konzern, die Einheit unter den Arbeitern, die sich seit Beginn der Besetzung herausgebildet hat, wirksam zu zerschlagen. Ausserdem erklärt Holcim, sie werde sich mit den Leiharbeitern nicht an einen Tisch setzen, solange diese ihre "Druckversuche" nicht aufgegeben haben. Letztere führen ihre Besetzungsaktion vor den Werkstoren weiter. Das Zementwerk wird inzwischen von Sicherheitsleuten des Konzerns bewacht, so dass die Arbeiter, wenn sie die sanitären Einrichtungen benützen wollen, von einem Sicherheitsmann begleitet werden. Die Besetzer müssen so auch die Nacht im Freien oder in ihren Fahrzeugen verbringen.

Das Betriebskomitee auf der andern Seite organisiert am 24. Dezember im Zentrum der Stadt eine Kundgebung *"für eine industrielle Alternative, damit die Arbeitsplätze in dieser Gegend nicht verloren gehen"*. Am 29. Dezemer werden zudem wie angekündigt die Sozialplanverhandlungen weitergeführt. Der Präsident des Betriebskomitees erklärt ausserdem, es sei gelungen, Holcim die Verpflichtung abzuringen, das Gelände zur Verfügung zu stellen für eine andere industrielle Tätigkeit, die den 120 Arbeitern Beschäftigung gäbe, und sich allenfalls an der Finanzierung zu beteiligen. Im Klartext bedeutet dies, dass das Betriebskomitee und die darin mehrheitliche vertretene Gewerkschaft UGT sich inzwischen stillschweigend mit der endgültigen Schliessung abgefunden haben. Gleichzeitig kämpfen die 38 Leiharbeiter mit Unterstützung der Gewerkschaft SAT weiterhin verzweifelt gegen ihre Entlassung.

In der Weihnachtsnacht, die sechste seit Beginn der Besetzung, feiern gegen hundert Personen zusammen mit den vierzig entlassenen Leiharbeitern das Weihnachtsfest auf ungewöhnliche Weise: in der

Werkseinfahrt des Zementwerkes. *"Ich glaube, dass diese Weihnachtsnacht, die wir vor den Fabriktoren verbringen, eine der besten unseres Lebens ist, weil die Einheit und die Brüderlichkeit aller hier Anwesenden sehr bedeutsam ist"*, schreibt ein Arbeiter im Internetblog der Besetzer. Für den 26. Dezember wird zudem eine

weitere Grosskundgebung in der Stadt angekündigt: *"Nein zur Schliessung, wir sind nicht überflüssig, wir sind 120!"* Damit soll vor allem die Einheit unter den 120 Holcim-Arbeitern gefestigt werden. Dem Aufruf zur Solidaritätsdemonstration folgen gegen tausend Personen. Gegen 18 Uhr setzt sich ausgehend vom Besetzercamp vor dem Werk der Demonstrationszug in Bewegung. An der Spitze wiederum Cosme Moreno, der Bürgermeister von Torredonjimeno, welcher der Partei der "Izquierda Unida" (Vereinigte Linke) [26] angehört, diesmal zusammen

[26] Die „Izquierda Unida" ist 1986 aus einem Zusammenschluss zwischen dem PCE und verschiedenen linksalternativen und trotzkistischen Organisationen hervorgegangen. Sie ist die drittstärkste politische Partei in Spanien und auf europäischer Ebene Mitglied der „Europäischen Linken".

mit den Vertretern der Gewerkschaft SAT. Die Manifestanten rufen : *«La fábrica es del pueblo»* (Die Fabrik gehört dem Volk), *«En Holcim estamos y no nos vamos»* (Bei Holcim sind wir und gehen nicht weg) oder *«Nick escucha, el pueblo está en lucha»* (Hör zu Nick, das Volk steht im Kampf) - gemeint ist der Werksdirektor Nicklaus Gregor Traber, der jedoch die Stadt bereits verlassen hat.

Ein Vertreter der Gewerkschaft SAT äusserst sich befriedigt über den Ausgang der Kundgebung: *"Wir sind sehr zufrieden mit dem Resultat. Die Kundgebung ist ein voller Erfolg gewesen. Wir möchten den zahlreichen Kollegen danken, die mit uns marschiert sind."* Die grosse Teilnahme von direkt bei Holcim Beschäftigten sowie der Bevölkerung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass am 15. November zehnmal mehr Menschen auf die Strasse gegangen sind. Auch wenn am 26. Dezember die Holcim-Arbeiter gemeinsam demonstriert haben, am folgenden Montag gehen die Verhandlungen wieder getrennte Wege: Während sich die Vertreter der entlassenen vierzig Leiharbeiter mit dem andalusischen Delegierten für Beschäftigung treffen, führt das Betriebskomitee die Sozialplanverhandlungen mit Holcim weiter und hofft auf die Möglichkeit einer "industriellen Alternative".

Am nächsten Tag, 30. Dezember wird im Provinzparlament von Jaén ein parlamentarischer Vorstoss zugunsten der 120 Arbeiter behandelt. Die inzwischen offiziell Entlassenen nützen die Gelegenheit, um an den Verhandlungen teilzunehmen und so auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Die Motion verlangt vom Parlament und von der Regierung Andalusiens sowie von der Zentralregierung, nach einer *"Lösung für die Weiterführung des Unternehmens"* zu suchen, Als der Vorstoss einstimmig verabschiedet

wird, ruft ein SAT-Gewerkschafter in den Saal: *"Am 31. stehen alle, die hier sind, auf der Strasse!"* Dafür erhält er vom Ratspräsidenten einen Verweis, da es nur den Abgeordneten erlaubt sei zu sprechen. Am Schluss der Ratssitzung ziehen alle anwesenden vierzig Arbeiter ein Blatt hervor, auf dem steht: *¡No al cierre de Holcim!* Um 15 Uhr wird der Ratssaal geschlossen, die Arbeiter weigern sich jedoch wegzugehen. Sie bleiben - bewacht von Polizeibeamten - und lassen sich einschliessen. Da die Ordnungshüter verhindern, dass die Besetzer Esswaren ins Innere des Ratsgebäudes bringen können, bleibt den Arbeitern nichts anderes übrig, als abends um 19 Uhr ihre Besetzungsaktion aufzugeben.

Die Protestaktion im Provinzparlament von Jaén ist der letzte verzweifelte Versuch der vierzig Leiharbeiter, ihre Entlassung doch noch zu verhindern und als gleichberechtigte Partner an den Verhandlungen teilzunehmen. Nach zwölf Tagen und Nächten beschliessen sie am 31. Dezember, die Besetzung der Werkszufahrt zu beenden, die sie mit Unterstützung der Gewerkschaft SAT am 19. Dezember begonnen haben. Sie seien sich einer bevorstehenden Räumung bewusst gewesen, ausserdem habe sich gleichentags ein Verhandlungsweg geöffnet. Aus diesen Gründen hätte es keinen Sinn gemacht, auch die Neujahrsnacht draussen zu verbringen, versichert der SAT-Verantwortliche gegenüber einer Zeitung. Das Ziel, die Rücknahme der Kündigungen durch Holcim, haben sie nicht erreicht, und trotz gemeinsamen Protestaktionen mit den übrigen Holcim-Arbeitern sind sie am Schluss doch allein geblieben.

Auf den ersten Blick weist der Kampf der Holcim-Arbeiter gegen die Schliessung ihres Werks grosse Ähnlichkeit auf mit dem Kampf um die Officine von Bellinzona: In beiden Fällen hat es eine grosse Solidarität der Bevölkerung gegeben, alle politischen Parteien in der Gegend haben sich gegen die Schliessung ausgesprochen, Zehntausende sind auf die Strasse gegangen. Der wesentliche Unterschied besteht allerdings nicht nur darin, dass der Kampf in Bellinzona mit einem Sieg geendet hat, während die Schliessung des Zementwerks in Torredonjimeno nicht hat verhindert werden können. In Bellinzona haben die Massenkundgebun-

gen, ebensowie die Verhandlungen mit der Gegenseite vor dem Hintergrund eines von den Arbeitern besetzten Werks stattgefunden, während in Spanien die Betriebsbesetzung erst nach über einem Monat begonnen hat und – das ist der entscheidende und schwerwiegende Faktor – nur von einer kämpferischen Minderheit getragen wurde.

Das Betriebskomitee hat sich ohne irgendein Druckmittel in den Händen anfangs Dezember mit dem multinationalen Konzern an den Verhandlungstisch gesetzt. Dieser hat sich weder von den Politikern, noch von den zehntausend Menschen, die *„demokratisch und friedlich“* [27] demonstriert haben, beeindrucken lassen und schliesslich, nach Beginn der Betriebsbesetzung, mit einem geschickten Schachzug die Arbeiter gegeneinander ausgespielt. Schwer ist ihm dies nach der bereits erfolgten Aufnahme von Sozialplanverhandlungen durch das Betriebskomitee nicht gefallen. Einzig die sofortige Betriebsbesetzung wie in Bellinzona (oder wenigstens eine rechtzeitige, in jedem Fall vor der Aufnahme irgendwelcher Verhandlungen!) hätte den Holcim-Konzern dazu bewegen können, seinen Schliessungsentscheid rückgängig zu machen und über eine Weiterführung oder einen Verkauf des Werks zu verhandeln. Das Beispiel des Zementwerks in Torredonjimeno zeigt auf tragische Weise, wie auch machtvolle Strassendemonstrationen wirkungslos verpuffen, solange nicht die Arbeiter mit Streiks und Betriebsbesetzungen eine Veränderung des Kräfteverhältnisses und damit eine günstige Ausgangslage für Verhandlungen schaffen.

[27] Auf den „demokratischen und friedlichen“ Charakter haben Redner an den Protestkundgebungen stets mit Stolz hingewiesen.

Schlussfolgerungen

Die fünf Beispiele weisen sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten auf. Abgesehen davon, dass sie alle im Jahr 2008 stattgefunden haben, stehen bei allen untersuchten Konflikten Massenentlassungen und – mit Ausnahme von IVECO [28] – auch die drohende Betriebsschliessung im Zentrum. Dabei sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben frappant: Kaum grösser sein könnten sie bei den beiden Beispielen aus der Schweiz – Officine und Borregaard. Fast unglaublich, dass in beiden Fällen die gleiche Gewerkschaft Unia federführend gewesen ist! Daraus lässt sich zumindest der Schluss ableiten, dass die gleiche Gewerkschaft sich in einem ähnlichen Konflikt (Betriebsschliessung eines Unternehmens mit über 400 Beschäftigten) sehr verschieden verhalten kann. Auf Gründe dafür soll hier nicht näher eingegangen werden, sie nüchtern und unvoreingenommen zu untersuchen, dürfte jedoch lohnend sein.

Von den untersuchten Beispielen haben einzig zwei zu einem Sieg für die ArbeiterInnen geführt: Officine und INNSE [29], die andern drei haben mit einer Niederlage geendet. Im Vordergrund stehen deshalb die Gründe, die zum Sieg geführt haben. So unterschiedlich die beiden Kämpfe hinsichtlich Grösse und Verlauf auch sind, in beiden Fällen ist der Kampf von einem Kern entschlossener und klassenbewusster Arbeiter angeführt worden. Dies allein als Schlüssel zum Erfolg zu bezeichnen, würde zu kurz greifen. Umgekehrt jedoch kann dessen Fehlen stets als

---

[28] Eine Betriebsschliessung hat zumindest zum Zeitpunkt des Konflikts nicht zur Diskussion gestanden. Inzwischen wird bereits über die unannehmbare Hypothese einer Schliessung („inaccettabile ipotesi chiusura“) des Werks gesprochen. (vgl. http://www.rassegna.it/articoli/2008/12/22/40957/fiat-fiom-inaccettabile-ipotesi-chiusura-suzzara-mn)

[29] Als Sieg kann die wenigstens vorübergehende Verhinderung von Massenentlassungen und Betriebsschliessungen bezeichnet werden. Die Zukunft der Officine von Bellinzona ist bis 2013 gesichert, bei INNSE dauert der Kampf noch an. Seit acht Monaten haben die ArbeiterInnen die Schliessungspläne immer wieder erfolgreich durchkreuzt, und falls die INNSE einen neuen Besitzer findet, dürfte die Zukunft für die nächsten Jahre ebenfalls gesichert sein.

Ursache der Niederlage oder jedenfalls als schwerer Mangel festgestellt werden: Bei Borregaard haben Gewerkschaftsfunktionäre von Anfang an die Führung übernommen, bei IVECO ist ihnen zwar die Kontrolle entglitten, jedoch ohne dass gewerkschaftlich erfahrene Arbeiter diese hätten übernehmen und einen organisierten Kampf führen können, und bei Holcim hat ein entschlossener, von der SAT angeführter Kampf erst nach über einem Monat eingesetzt, der dem Konflikt keine eine entscheidende Wende mehr hat geben können.

Untersucht man die Beispiele nach den Gesichtspunkten Streik und Betriebsbesetzung, stellt man fest, dass – abgesehen von der spontanen Arbeitsniederlegung bei IVECO – nur in den Officine ein organisierter Streik gegen die angekündigten Massenentlassungen stattgefunden hat, während bei beiden „erfolgreichen Beispielen“ – Officine und INNSE – die Arbeiter sogleich bei Ausbruch des offenen Konflikts den Betrieb besetzt haben. Das würde den Schluss nahe legen, der „Schlüssel zum Erfolg“ bestehe einzig in der Betriebsbesetzung. Die genauere Beobachtung zeigt allerdings, dass einige weitere Faktoren ebenfalls stimmen müssen. Auf die selbständige Führung des Kampfes durch einen Kern entschlossener und klassenbewusster Arbeiter ist bereits hingewiesen worden. Inwiefern die Unterstützung durch offizielle gewerkschaftliche Strukturen ebenfalls zwingend notwendig ist, hängt vermutlich sehr von den konkreten Umständen ab: In den Officine ist sie von den Arbeitern stets hervorgehoben und als unverzichtbar bezeichnet worden, bei INNSE hat sie sich während Monaten weitgehend auf Lippenbekenntnisse und juristische Hilfe beschränkt. Allgemeingültige Aussagen dazu zu machen, wäre deshalb wenig hilfreich und könnte dazu führen, dass mögliche Chancen auf die eine oder andere Weise nicht genutzt werden.

Auf alle Fälle halte ich es für verhängnisvoll, die Führung des Kampfes anerkannten gewerkschaftlichen Strukturen zu überlassen: Die Officine sind das einzige Beispiel, wo die offiziellen Gewerkschaften den Kampf bedingungslos unterstützt und ihm so zum Sieg verholfen haben. Bei allen andern Beispielen sind sie entweder weitgehend passiv geblieben (INNSE), sind ihm hilflos gegenüber gestanden (IVECO) oder haben

ihn direkt in die Niederlage geführt (Borregaard und Holcim). Obwohl auf den ersten Blick der Kampf um Holcim Torredonjimeno mit seinen grossartigen Massendemonstrationen dem Kampf um die Officine ähnlich sieht, gleicht er im Kern weitgehend der Betriebsschliessung von Borregaard. Denn in beiden Fällen haben sich die offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen auf die „legalen“ Kampfmittel beschränkt, die naturgemäss auf direktem Weg in die Falle der Sozialplanverhandlungen führen – allen gegenteiligen Beteuerungen von wegen „Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze“ zum Trotz! Denn die Aufnahme von Sozialplanverhandlungen bedeutet immer und zwingend den Verzicht auf jeden grundsätzlichen Kampf gegen die Entlassungen und gleichzeitig die Unterwerfung unter die unternehmerischen Umstrukturierungspläne. Es ist kein Zufall, dass das Streikkomitee in den Officine den Gewerkschaften verboten hat, Sozialplanverhandlungen zu führen, solange der Streik andauert!

Die untersuchten Beispiele zeigen auch, dass die Kampfmittel nicht beliebig und vor allem auch nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt gewählt werden können, beispielsweise in der naiven Annahme, man wolle zuerst einmal alle „legalen“ Mittel ausschöpfen und - falls diese nicht zum gewünschten Erfolg führen - erst anschliessend zu „illegalen“ Mittel wie der Betriebsbestzung greifen. Gerade das Beispiel Holcim belegt auf tragische Weise, dass die Betriebsbesetzung ihre Wirkung verfehlt, wenn sie zu spät einsetzt. Umgekehrt zeichnen sich die beiden „erfolgreichen Beispiele“ dadurch aus, dass rasch und entschlossen gehandelt und gleich zu Beginn der Betrieb besetzt wurde. Es stellt sich daher die Frage, ob in jedem Fall alles verloren ist, falls dies nicht möglich sein sollte. Auch darauf lässt sich meines Erachtens keine allgemeingültige Antwort geben: Die Anwendung der geeigneten Kampfmittel ergibt sich stets aus der Dynamik des Konflikts, und Sieg oder Niederlage hängen am Schluss vom Kräfteverhältnis ab, das hat aufgebaut werden können oder eben nicht.

Bei Borregaard beispielsweise wäre es naheliegend gewesen, den Betrieb zu jenem Zeitpunkt zu besetzen, als die Firmenleitung die Annah-

me der Petition verweigert hat. In diesem Augenblick war allen Arbeitern klar, dass mit der Gegenseite weder Verhandlungen noch Gespräche geführt werden können, dass sie vielmehr nur die Sprache des Kampfes versteht. In diesem Augenblick gab es nur noch ein Entweder-Oder: Entweder die Einleitung von Kampfmassnahmen oder die bedingungslose Kapitulation und (wie vom Borregaard-Direktor sogleich gefordert!) die Aufnahme von Sozialplanverhandlungen. Wie sich der verantwortliche Gewerkschaftsfunktionär entschieden und in der Folge verhalten hat, ist bereits genügend beschrieben worden. Auch wenn es selbstverständlich nicht sicher ist, dass eine Betriebsbesetzung bei Borregaard zu den gleichen Resultaten wie in Bellinzona geführt hätte, so lässt sich umgekehrt feststellen, dass das bei Borregaard gewählte Vorgehen zwingend in die Niederlage hat führen müssen. Eine Betriebsbesetzung hätte zumindest den nötigen zeitlichen Spielraum geschaffen, um überhaupt nach einer Lösung suchen zu können.[30]

Auch wenn bei Massenentlassungen und Betriebsschliessungen der Streik vermutlich eher selten das geeignete Kampfmittel ist, so wäre es falsch, generell den Streik als Waffe durch die Betriebsbesetzung ersetzen zu wollen. Dies vor allem auch, weil eine Betriebsbesetzung hohe Anforderungen an Entschlossenheit und Organisation stellt und streng genommen gegen geltendes Recht verstösst und somit „illegal“ ist. Das Beispiel Officine zeigt auch in dieser Hinsicht, wie relativ der Begriff der „Illegalität“ ist und wie sehr er vom jeweils herrschenden Kräfteverhältnis abhängt. Wenn die Kampfkraft eher schwach ist und vor allem, wenn die Solidarität anderer Betriebe oder der Bevölkerung ausbleibt, wird die Gegenseite nicht zögern, einer Betriebsbesetzung mit staatlichen Zwangsmassnahmen ein rasches Ende zu setzen.

---

[30] Die Drohung seitens der Gewerkschaften mit einer gerichtlichen Klage angesichts der Weigerung von Borregaard, die Konsultationsfrist zu verlängern, mutet wie ein schlechter Scherz an. Falls eine solche tatsächlich erfolgt ist, dann würde ein allfälliger „Sieg“ vor Gericht den entlassenen Arbeitern überhaupt nichts mehr nützen, da das Werk in der Zwischenzeit längst stillgelegt ist. Eine Betriebsbesetzung hingegen hätte die „Konsultationsfrist“ automatisch und wirksam verlängert!

Wie eingangs erwähnt, lassen sich unversöhnliche Interessen wie jene zwischen Arbeitern und Unternehmern nicht mit juristischen Mitteln unter einen Hut bringen. Eine gewerkschaftliche Politik, die aus Angst vor staatlicher Repression solche Wege beschreiten will, wäre reiner Selbstbetrug. Das Beispiel INNSE zeigt eindrücklich, wie einseitig das Gesetz nur das Eigentum schützt. Der Besitzer Genta hat den Maschinenpark mit staatlicher Unterstützung zu einem Spottpreis erworben, mit der (vermutlich befristeten) Auflage, die Produktion weiterzuführen. Der gültige Zonenplan erlaubt keine andere Nutzung als eine industrielle. Dennoch holt die Polizei die Arbeiter von der Arbeit weg aus der Fabrik. Hätten die Arbeiter sich vertreiben lassen und hätte Genta die Maschinen einfach wegschaffen können, dann hätte es nach dem Abbruch der Gebäude nicht lange gedauert, bis das Gelände umgezont worden wäre – mit dem entsprechenden Spekulationsgewinn für die Grundeigentümer. So erfindet sich die bürgerliche „Legalität“ stets aufs Neue!

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen ein besetzter Betrieb in Selbstverwaltung weitergeführt werden kann, lässt sich ebenfalls nicht generell beantworten. Oder höchstens dahingehend, dass eine selbstverwaltete Insel inmitten einer Wirtschaftsordnung, die sich einzig am Gewinn der Kapitaleigentümer orientiert, längerfristig kaum Überlebenschancen hat. Mit andern Worten: Selbstverwaltete Betriebe sind wichtig als Keimzelle einer künftigen Wirtschaftsordnung, die an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Gleichzeitig sind sie gezwungen, sich früher oder später wieder innerhalb der bürgerlichen Rechtsordnung zu bewegen, indem sie entweder einen neuen Eigentümer finden oder sich eine genossenschaftliche Struktur geben, mit allen Rechten und Pflichten und übrigen Problemen für die Genossenschafter.

Genauso wie die Betriebsbesetzung nicht schematisch als einzige Waffe gegen Massenentlassungen und Betriebsschliessungen eingesetzt werden kann, wäre es naiv zu glauben, dass damit Massenentlassungen und Betriebsschliessungen in jedem Fall verhindert werden können. So wie bekanntlich nicht der unmittelbare Erfolg das alleinige und wichtigste Resultat der Arbeiterkämpfe ist, sondern die immer weiter um sich grei-

fende Vereinigung der ArbeiterInnen, kann der Erfolg einer Betriebsbesetzung nicht einzig an der Anzahl erhaltener Arbeitsplätze und Betriebe gemessen werden. Vielmehr haben Betriebsbesetzungen auch die Aufgabe, den ArbeiterInnen das Bewusstsein ihrer gemeinsamen Macht zu vermitteln. Eine Macht, die sie erringen, wenn sie sich zusammenschliessen und solidarisch handeln. Ebenso wie die Überzeugung, dass nur die Beseitigung der Lohnsklaverei ihre Lage dauerhaft verbessern kann. Wenn die vorliegende Untersuchung diese Entwicklung fördert und unter möglist vielen ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen zu einer bereiten Diskussion über Betriebsbesetzungen als wirksame Waffe im gewerkschaftlichen Kampf führt, dann hat sie ihr Ziel erreicht.

26. Januar 2009
Rainer Thomann, Mitglied UNIA Region Zürich-Schaffhausen
Kontakt: indiana.thomann@bluewin.ch

Quellen und weiterführende Links

Zu Officine Bellinzona:

- *Zahlreiche persönliche Gespräche mit Beteiligten sowie Erkenntnisse aus verschiedenen Veranstaltungen des Streikkomitees*
- *Gianni Frizzo im Gespräch mit Pino Sergi (Mai 2008) http://www.bfs-basel.ch/index.php?id=52*
- *Dokumente zum Netzwerk für eine kämpferische Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter: http://www.aufbau.org/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=2&Itemid=109&limit=9&limitstart=9*
- *Internetseite der Officine (italienisch): http://officine.unia.ch/*

Zu Borregaard-Attisholz:

- *http://www.bernerzeitung.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Blocher-war-der-weisse-Ritter/story/15877175*
- *http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/article8dkut_1.421459.html?printview=true*

- *http://www.bernerzeitung.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Aufstand-in-der-ZelluloseFabrik/story/14290157*
- *http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Gespraeche-gescheitert/story/17097544*
- *http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Beide-Seiten-schalten-auf-stur/story/13720056*
- *http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Petition-Borregaard-soll-nicht-geschlossen-werden/story/18574134*
- *http://www.bernerzeitung.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Unia-will-40-BorregaardJobs-retten/story/20804271*
- *http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Verhandlungen-ueber-BorregaardSozialplan-bleiben-ohne-Ergebnis/story/19403349*
- *http://www.bernerzeitung.ch/region/solothurn/Mitarbeiter-stuermen-Medienkonferenz/story/18813494*
- *Unia-Blog zu Borregaard: http://borregaard.blogspot.com/*

Zu INNSE Mailand:

- *Internetseite (italienisch): http://www.operaicontro.it/*
- *Blog der INNSE-ArbeiterInnen (ital.): http://www.myspace.com/presidioinnse*
- *Alle Berichte über INNSE auf deutsch: http://www.labournet.de/internationales/it/innseindex.html*

Videos über INNSE:

- *http://www.youtube.com/watch?v=NQBGqlfD3iM&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=OOHFcv5GCHU&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=9kfNXbvsp_U*
- *http://www.youtube.com/watch?v=DjoiqapegPE&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=FXGeiElnUko*
- *http://vids.myspace.com/index.cfm?fuseaction=vids.individual&videoid=49531231*
  http://vids.myspace.com/index.cfm?fuseaction=vids.individual&VideoID=49529941
- *http://www.youtube.com/watch?v=WKbte8lGrow&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=CUeoPu7bAC4&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=zQHg3x8R60c&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=CW-OFAxDTfM&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=TusT-bY52fg&NR=1*

- *http://www.youtube.com/watch?v=JI_gf2olL0w&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=BeqpcAPd3gU&feature=related*
- *http://www.youtube.com/watch?v=mBgAsbWhSJ0&feature=channel_page*

Zu IVECO Suzzara:

- *http://ilrestodelcarlino.ilsole24ore.com/modena/2008/10/13/125085-manifestanti_bloccano_modena_mantova.shtml*
- *http://archiviostorico.corriere.it/2008/ottobre/14/tute_blu_Iveco_bloccano_stazione_co_7_081014014.shtml*
- *http://orgogliooperaio.spaces.live.com/blog/cns!463175733A377A60!394.entry*
- *http://www.mantova.com/ita/MPN002458.asp*
- *http://gazzettadimantova.repubblica.it/dettaglio/Operai-dellIveco-di-Suzzara-bloccano-la-ferrovia:-treni-sospesi/1526573*
- *http://www.ainfos.ca/it/ainfos06696.html*
- http://archiviostorico.corriere.it/2008/ottobre/21/Incendio_all_Iveco_Suzzara_sospetta_co_7_081021027.shtml
- http://archiviostorico.corriere.it/2008/ottobre/22/Incendio_all_Iveco_inchiesta_della_co_7_081022003.shtml
- http://gazzettadimantova.repubblica.it/dettaglio/Incendio-doloso-allIveco/1530050

Der Arbeiteraufstand von Suzzara auf youtube:

- http://www.youtube.com/watch?v=L3a2vv1-WsQ
- http://www.youtube.com/watch?v=0OpsjpMBzoA&NR=1
- http://www.youtube.com/watch?v=efK_HoN74d0&feature=related
- http://www.youtube.com/watch?v=zubwl1bTpiE&feature=related

Zu Holcim Torredonjimeno:

- Internetseite der Arbeiter von Torredonjimeno: http://www.noalcierredeholcim.com/
- Blog „Nein zur Schliessung von Holcim Torredonjimeno“: http://noalcierredeholcimtorre.blogspot.com/
- Internetseite der Gewerkschaft SAT: http://www.sindicatoandaluz.org/

- Blog zur Holcim-Besetzung: http://encierroenholcim.blogspot.com/

Videodokumente:

- Pressekonferenz des Betriebskomitees anlässlich der ausserordentlichen Gemeindeversammlung von Torredonjimeno: http://www.youtube.com/watch?v=8VnKOadkHIo&feature=related
- Strassenkundgebung vom 15. November in Torredonjimeno: http://www.youtube.com/watch?v=wGgr90xH2Rk&feature=related
- Schülerdemo vom 19. November gegen die Schliessung von Holcim: http://www.youtube.com/watch?v=kyUUQ4_umIE&feature=related
- Pressekonferenz der Gewerkschaft SAT vom 18. Dezember: http://www.youtube.com/watch?v=VKClRyTbMYU&feature=channel
- Arbeiter besetzen am 19. Dezember das Werk: http://www.youtube.com/watch?v=jHAXbBM2B2c&feature=channel

Neben den angegebenen Videodokumenten stammen die Informationen aus verschiedenen Berichten spanischer Online-Zeitungen. Ausser einem Artikel auf Swissinfo.ch in spanischer Sprache haben die Schweizer Medien mit keinem Wort über den Kampf gegen die Schliessung des Holcim-Werkes von Torredonjimeno berichtet. Nachfolgend alle für diesen Text verwendeten Quellen:

- http://www.swissinfo.ch/ger/multimedia/video.html?siteSect=15045&ty=df&ne_id=9964492&type=real&bcst=y
- http://www.swissinfo.ch/ger/swissinfo.html?siteSect=105&sid=9959844&ty=ti
- http://www.ideal.es/jaen/20081113/jaen/seismo-torredonjimeno-cerrojazo-holcim-20081113.html
- http://www.elpais.com/articulo/andalucia/conjura/Torredonjimeno/elpepiespand/20081116elpand_3/Tes
- http://www.elpais.com/articulo/andalucia/millar/escolares/cierre/Holcim/elpepiespand/20081120elpand_6/Tes
- http://fotomartos.blogspot.com/2008/11/apoyo-los-trabajadores-holcim.html
- http://www.ideal.es/jaen/20081113/jaen/prejubilaciones-recolocaciones-otros-centros-20081113.html
- http://www.swissinfo.ch/spa/swissinfo.html?siteSect=105&sid=10045469&ty=st
- http://www.cotizalia.com/cache/2008/12/05/76_trabajadores_planta_holcim_torredonjimeno_concentran_contra.html#

- http://www.abc.es/historico-opinion/index.asp?ff=20081120&idn=911367655514
- http://www.ideal.es/jaen/20081129/provincia/trabajadores-holcim-lamentan-empresa-20081129.html
- http://www.canalsur.es/informativos/noticia?id=62642
- http://es.noticias.yahoo.com/5/20081219/tlc-jan-miembros-del-sat-y-trabajadores-34362a1.html?printer=1
- http://www.ideal.es/jaen/20081220/provincia/trabajadores-subcontratas-hacen-noche-20081220.html
- http://www.ideal.es/jaen/20081221/provincia/trabajadores-contratas-holcim-continuan-20081221.html
- http://www.ideal.es/jaen/20081222/provincia/ultimatum-trabajadores-despedidos-cementera-20081222.html
- http://www.ideal.es/jaen/20081224/provincia/holcim-cierra-planta-torredonjimeno-20081224.html
- http://www.abc.es/hemeroteca/historico-24-12-2008/abc/Economia/holcim-cierra-en-torredonjimeno-y-la-plantilla-amenaza-con-boicoteos_912078085749.html
- http://www.ideal.es/jaen/20081226/provincia/trabajadores-holcim-pasan-navidad-20081226.html
- http://www.ideal.es/jaen/20081227/jaen/trabajadores-subcontratas-vuelven-manifestarse-20081227.html
- http://www.ideal.es/jaen/20081230/local/provincia-jaen/trabajadores-holcim-encierran-diputacion-200812301851.html
- http://www.diariojaen.es/index.php/menuprovincia/58-notprovinciales/1026-trabajadores-de-las-subcontratas-de-holcim-ocupan-la-diputacion
- http://www.ideal.es/jaen/20081231/provincia/trabajadores-holcim-aprovechan-pleno-20081231.html
- http://www.ideal.es/jaen/20090102/provincia/subcontratas-holcim-abandonan-encierro-20090102.html